

Beiträge zum
Widerstand 1933–1945

BERLIN

24

KURT HERMANN MENDEL

„BLICK IN DIE ZEIT“

1933 – 1935

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

Die Aktion „BLICK IN DIE ZEIT“ (1933 – 1935)

Entstehung und Werdegang
Aus der Redaktionswerkstatt
Aus eigener Kenntnis

Die Wochenschrift „Blick in die Zeit“ – wie manches von damals nahezu vergessen – war ein Unternehmen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Am 16. Juni 1933 gelangte die erste Ausgabe an die Öffentlichkeit, Ende August 1935 die letzte.

Die Zeitschrift hatte ein eigenes Konzept und einen eigenen journalistischen Stil. Sie trug zur Enttarnung und Entzauberung des Nationalsozialismus bei, bis die geheime Staatspolizei ihr Erscheinen „bis auf weiteres“ verbot.

Das Ende dieser Wochenschrift war jedoch nicht das Ende ihrer Wirkung. Der für „Blick in die Zeit“ aufgebaute Vertriebsapparat half wesentlich, die nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten völlig zerschlagenen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen wiederaufzubauen. Die Werber und Verteiler gingen von Haus zu Haus, in erster Linie natürlich zu ihren Bekannten – die größtenteils Gesinnungsgenossen waren – und stellten so die alten Kontakte wieder her. Selbstverständlich ging das nur im Untergrund vor sich.

Wie war es möglich, unter den gegebenen schwierigen Bedingungen diese oppositionelle Arbeit zu leisten?

Berlin, den 7. Juli 1933

Nr. 4

Glück in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Preis RM. 0,15

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU WIRTSCHAFT, POLITIK UND KULTUR

Das Ende der Hugenbergpartei

VOM BLOCK ZUM BREI

Hugenberg am Ziel seiner Wünsche...

Vor wenigen Wochen erschien in dem führenden Blatt der Hugenberg-Presse ein Aufsatz, der die Überschrift „Seuchende Tage“ trug. Darin wurde geschätzt, wie der am Ende des siebenten Jahrzehnts stehende Kämpfer Hugenberg nach vierzehn Jahren rastlosen und erbitterten Ringens das Ziel seiner Wünsche vor sich liegen sah. Nun sei der Parlamenten- und Parteienstaat überwunden. Jeder neue Tag gelte der Erfüllung eines jahrelangen Strebens. Nun könne eine Bauernpolitik, eine Handelspolitik, eine Wirtschaftspolitik begonnen werden, wie sie dem Gedanken einer deutschen Nationalwirtschaft gemäß sei.

(Börsen-Zeitung, 30. 6. 33.)

Die Deutschnationale Front aufgelöst

Hugenberg hat in den entscheidenden letzten Tagen an der Vorbereitung des Beschlusses für Selbstauflösung der Deutschnationalen Front nicht mitgewirkt, und er hat gemäß seinem Wesen den Weg der Trenne gegen seine Anhänger bis zum letzten Augenblick für richtig gehalten.

(Die Nachschau.)

„Hätte sie...“

„Hätte die deutschnationale Partei sich in eine republikanisch-konservative umgewandelt und hätte sie sich mit dem Zentrum verbündet, mit dem Zentrum, das unter der Führung des konservativen Staatsmannes Brüning Anschluss nach rechts suchte, so hätten diese beiden Parteien die Republik beherrscht, die Deutschnationalen hätten einen großen Teil des Einflusses wiedergewonnen, den einst die Konservativen in der Monarchie ausgeübt haben, und Hugenberg, der jetzt am Ende seiner politischen Laufbahn steht, wäre einer der mächtigsten Männer im Staate gewesen. Doch er war unbeherrschbar. Statt das Kabinett Brüning zu stützen, hat er alles getan, um ihm das Leben unmöglich zu machen...“

(Neue freie Presse Wien, 1. 7. 33.)

Vorbei... vorbei...

„Kuch Dr. Alfred Hugenberg hätte wohl am 30. Januar, als er den Pakt mit Hitler schloß, über denjenigen unglaublich gelächelt,

der ihm ein rasches, ein so rasches Ende seiner politischen Karriere geweissagt hätte. Denn daran, daß sein Abschied aus der Regierung zugleich das Ende seiner politischen Karriere bedeutet, kann wohl niemand mehr zweifeln. Wer in fünf Monaten eine Drei-Millionen-Partei aus einem Block zu einem Brei werden läßt, wer die Stellung eines Wirtschaftsministers so wenig zu großen schöpferischen Leistungen zu nutzen weiß, der kehrt nach menschlichen Ermessen nicht wieder, dessen Zeit ist verstrichen...“

(Berliner Tageblatt, 30. 6. 33.)

Es kam, wie es kommen mußte.

„Es kam, wie es kommen mußte. Hugenberg war zwar ein ausgezeichnete und routinierter Wirtschaftsformann, aber das Fundament seines Wissens und Könnens, der wirtschaftliche Liberalismus, war längst morsch geworden.“

(Angriff, 30. 6. 33.)

„Mit Hugenberg verläßt ein Stück altes und eben nicht unsterbliches Deutschland den Raum politischen Geschehens, eine Anschauung der Dinge, die ihre Verdienste hat, deren Lebensberechtigung jedoch zu-

gleich mit den weitberzig gewährten Möglichkeiten abgelaufen ist.“

(Angriff, 28. 6. 33.)

„Hugenberg war der letzte Repräsentant einer politischen und wirtschaftlichen Auffassung, für die im nationalsozialistischen Staat kein Raum mehr ist.“

(Tägliche Rundschau, 29. 6. 33.)

Die Zeit des liberalen Kapitalismus ist vorbei.

„Die Zeit des liberalen Kapitalismus und der Voranstellung der mit dem Eigentum verknüpften Rechte ist vorbei, in den Vordergrund rücken statt dessen die Volksgemeinschaft, die Bindungen an die Nation und die mit dem Eigentum verknüpften Pflichten.“

(Deutsche Allgemeine Zeitung, 27. 6. 33.)

Totale Wirtschaft ist das Ziel.

„Es ist in diesen Wochen von manchem Führer der nationalsozialistischen Bewegung ein sehr radikales Wort von der politischen Totalität gefallen; es ist zu wünschen, daß mit der gleichen Rücksichtslosigkeit, wie der totale Staat im poli-

In dieser Nummer:

Vom Block zum Brei (Hugenberg's Ende)

Der wankende Zentrumsturm

Der Kirchenkonflikt

Deutschland, wie das Ausland es sieht

Weltwirtschaftskonferenz am Ende

Blick über die Grenze

Außerdem:

**Das Neueste aus Politik,
Wirtschaft, Sport u. Kultur**

„Blick in die Zeit“ erschien legal als aktuelle Wochenschrift

Der Untertitel der Zeitschrift – „Pressestimmen des In- und Auslandes für Wirtschaft, Politik und Kultur“ – macht deutlich, daß hier nur Textausschnitte zum Abdruck kamen, die bereits in Zeitungen, Zeitschriften und in der Literatur veröffentlicht waren. Um den politischen Zeitumständen Rechnung zu tragen, fand bei dieser Arbeit die deutsche Presse besondere Berücksichtigung. Von der ausländischen Presse kamen nur die Blätter in Betracht, die öffentlich verkauft wurden, also Zeitungen, die offiziell von Stellen des Propagandaministeriums geduldet wurden.

Es ging in „Blick in die Zeit“ nicht darum, eigene Stellungnahmen zu den behandelten Themen abzugeben, sondern durch die Vielfalt der gedruckten Nachrichten, Meinungen und Auffassungen anderer Publikationen es dem Leser selbst zu überlassen, Rückschlüsse zu ziehen.

Nach diesem Konzept wurde im Verlag Dr. A. Ristow in Berlin die Wochenzeitschrift herausgebracht. Bevor ich „Blick in die Zeit“ als Verlagsprojekt einbrachte, hatte Dr. A. Ristow schon vor 1933 zwei kleinere Zeitschriften aufgelegt. Nach den damals noch gültigen Bestimmungen war die neue Zeitschrift somit als gewerbliches Unternehmen zu betrachten, das weder der Erlaubnis noch der Anmeldung bedurfte.

Da es uns damals wenig ratsam erschien, Verträge schriftlich abzuschließen, erfolgten die erforderlichen Vereinbarungen zwischen Ristow und mir auf der Grundlage gemeinsamer Beteiligung und Geschäftsführung im Verhältnis 50:50. Ristow übernahm die Herausgabe der Zeitschrift und zeichnete allein verantwortlich für den Inhalt, die Schriftleitung und den Verlag. Bei mir lagen die verlegerischen Aufgaben wie die Finanzierung des Projekts. Darüberhinaus übernahm ich die Haftung für alle gegebenenfalls entstehenden Verluste.

Die Leitlinien für die Arbeit von „Blick in die Zeit“ wurden mit der Einstellung von Andreas Gayk als Redakteur und einer Vereinbarung über den Alleinvertrieb mit Hans Weinberger festgelegt. Beide Mitarbeiter waren vor 1933 sehr aktive Funktionäre der SPD.

„Blick in die Zeit“ informiert aus sozialdemokratischer Sicht

Durch die Aufnahme des Titels in die Bibliographie „Die Presse der deutschen Sozialdemokratie“, erschienen auf Veranlassung des der SPD nahestehenden Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat unsere Arbeit nachträglich Anerkennung gefunden. Daraus geht hervor, daß „Blick in die Zeit“ die einzige periodisch erscheinende sozialdemokratische Zeitschrift war, die in der Nazizeit in Deutschland hergestellt, redigiert und vertrieben wurde. Ihr sozialdemokratischer Charakter wird auch durch die Liste der

im Verlag tätigen Mitarbeiter hervorgehoben. Um die Struktur des Verlags und dessen innere Substanz deutlich zu machen, sind im folgenden von mir ergänzende Angaben über berufliche Tätigkeiten der genannten Mitarbeiter gemacht worden:

Schriftleitung: Andreas Gayk, vor 1933 Redakteur
– nach 1945 Oberbürgermeister von Kiel.

Geschäftsleitung: Kurt Exner, vor 1933 Gewerkschaftssekretär
– nach 1945 Senator in Berlin.

Vertrieb: Hans Weinberger, vor 1933 Geschäftsführer der Kinderfreunde-Bewegung,
– nach 1945 Senator in München (2. Kammer).

Mitarbeiter waren: Michael Freund – nach 1945 Professor an der Universität Kiel; Ludwig Preller – nach dem Krieg Professor an der Universität Stuttgart, Landesminister in Schleswig-Holstein und Bundestagsabgeordneter; Friedrich Mandelkow; August Rathmann, der vordem Schriftleiter von „Neue Blätter für den Sozialismus“ war; Rudolf Küstermeier, der Gründer der Widerstandsgruppe „Roter Stoßtrupp“, war nach 1945 Chefredakteur der „Welt“ und ab 1957 Israel-Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur und des NDR; Rolf Bathe arbeitete vor 1933 als Redakteur bei der SPD-Zeitung „Vorwärts“ sowie Otto Suhr, der beim Zentralverband der Angestellten und von 1955 bis 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin war.

Im folgenden soll der Werdegang der Zeitschrift und der Betriebsablauf unter dem schirmenden Dach der oben beschriebenen Verlagskonstruktion aufgezeigt werden.

Die Auflage belegt die breite Wirkung: Nach kurzer Anlaufzeit wurden jede Woche von „Blick in die Zeit“ etwa 100 000 Exemplare zum Preis von 0,15 RM verkauft. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften damit 400 000 bis 500 000 Leser erreicht worden sein. Die Zeitschrift ging von Hand zu Hand. Viele Erwerbslose – ihre Zahl betrug bekanntlich mehr als 6 Millionen – konnten sich selbst den niedrigen Kaufpreis nicht mehr leisten. In erster Linie wurde „Blick in die Zeit“ in Kreisen früherer SPD- und Gewerkschaftsmitglieder vertrieben. Bald fand die Zeitschrift aber auch Interesse in anderen Bevölkerungskreisen, die die Gleichschaltung der Presse durch die Nationalsozialisten ablehnten.

Die Gegenüberstellung von 100 000 verkauften „Blick in die Zeit“-Exemplaren die Woche mit den Auflageziffern einiger sogenannter bürgerlicher Zeitungen vom Mai 1935 macht den Erfolg unseres Blattes deutlich:

Deutsche Allgemeine Zeitung	60 579
Frankfurter Zeitung	63 700
Hamburger Fremdenblatt	109 482
Rheinische Zeitung	90 104
Berliner Tageblatt	61 500
Berliner Morgenpost	381 000
Berliner Volkszeitung	97 500

BLICK IN DIE ZEIT – Entstehen und Werdegang

Der Anfang unserer Widerstandsaktion und der Weg, den dieses Unternehmen einschlug, sowie die innerbetrieblichen Verhältnisse lassen sich nur aus persönlichen Erlebnissen, Erfahrungen und Erinnerungen berichten. Inzwischen sind über fünfzig Jahre vergangen, seit ich mit den Vorarbeiten begann. Aber erst vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Ereignisse, die es dem Nationalsozialismus ermöglichten, seine Herrschaft zu installieren, kann das Unternehmen verstanden werden. Nach dem 30. Januar 1933 traten in vielen Lebensbereichen tiefgreifende Veränderungen ein. Wer dem Nationalsozialismus offen entgegengetreten war oder von dem man auch nur vermutete, er stünde dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber, galt als Staatsfeind und mußte mit Verfolgung rechnen.

Während der fälschlich als „nationale Revolution“ bezeichnete Umsturz, generalstabsmäßig vorbereitet, seinen entsprechenden Verlauf von oben nach unten nahm, begann nach dem Reichstagsbrand am 27./28. Februar die Jagd auf die politischen Gegner.

Die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom Reichspräsidenten Hindenburg zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte erlassen, setzte bis auf weiteres die wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, die Kommunistische Partei im Reichstag auszuschalten.

Nach der Verabschiedung des sogenannten „Ermächtigungsgesetzes“ vom 23. März, dem als einzige die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung versagte, setzten die „Gleichschaltungsaktionen“ ein. Sie begannen an den Schaltstellen der politischen und behördlichen Verwaltung, mit Verboten der linken Presse, dem Eindringen in die Massenmedien und in die Wirtschaft sowie deren Organisationen und mit der Zerschlagung der Gewerkschaften. Kein Wunder, daß derjenige, der sich dem Druck der Nazis nicht unterwerfen wollte, in große Gefahr und Vereinsamung geriet.

Zur Beschreibung der damaligen Zeitumstände gehört auch, daß der Ablauf des Alltags erschreckend unverändert seinen Gang nahm. Doch über allem Tun lagen bedrückend Angst, Sorge und Mißtrauen. Oft war man hoffnungs-

los: Wie sollte man sich beispielsweise einem Nachbarn gegenüber verhalten, mit dem man sich gelegentlich auch freimütig über politische Fragen unterhalten hatte und der nach der „Machtergreifung“ überraschend als strammer SA-Mann auftrat? Wußte man denn, ob nicht die eigenen Kinder in der Schule oder ihren Spielkameraden gegenüber von der politischen Haltung ihrer Eltern erzählten, oder ob sie nicht schon ausgefragt worden waren? Der Kollege, der nicht mehr am Arbeitsplatz erschienen war, hatte ihn die Gestapo vielleicht verhaftet und zu Aussagen erpreßt?

Neben diesen persönlichen Ängsten und Fragen wollten alle natürlich vor allem wissen, was im Lande vor sich ging. Aus den von den Nazis gelenkten und kontrollierten Tageszeitungen ließen sich ausreichende Informationen nicht gewinnen.

Um dem abzuhelpen, kaufte ich englische und französische Zeitungen, übersetzte, was mir interessant erschien, und gab es an Bekannte weiter. Der Gedanke an einen größeren Kreis von Lesern drängte sich beinahe von selbst auf. Freunde, Lotte und Ernst Knauer, mit denen ich darüber sprach, waren von dieser Idee sehr angetan. Sie unterrichteten Andreas Gayk, den sie aus der sozialdemokratischen Kinderfreunde-Bewegung kannten, in der er eine führende Rolle spielte. Da sie erfahren hatten, daß er gerade seinen Arbeitsplatz bei der Kieler Volkszeitung verloren hatte, luden sie ihn nach Berlin ein und arrangierten ein Treffen mit mir.

Über mein Vorhaben, die Verbindung unter den Mitgliedern unserer SPD-Abteilung mittels eines kleinen Nachrichtenblattes wiederherzustellen, unterrichtete ich auch das Vorstandsmitglied der SPD, Hans Vogel. Er wohnte, ebenso wie meine Freunde und ich, in Hirschgarten in unmittelbarer Nähe von Köpenick. Vogel stimmte nicht nur meinem Plan zu, sondern ermunterte mich auch, mit Andreas Gayk zu sprechen, „den er als sehr aktiven, gestandenen Sozialdemokraten kenne und der sein Handwerk als Redakteur und Organisator bestens verstehe“.

Der nächste Schritt ergab sich bei der Beschäftigung mit dem Plan für den Druck eines solchen kleinen örtlichen Informationsblattes beinahe wie von selbst: einen Pressespiegel im größeren Rahmen herauszugeben. Ich glaubte, daß diese Form weniger gefährlich wäre als eine politische Tageszeitung herzustellen. Das bedeutete aber nicht, auf politische Aussagen gänzlich zu verzichten; vielmehr war ich der Ansicht, daß bei geschickter Aneinanderreihung und Gegenüberstellung geeigneter aktueller Texte sich Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ergäben. Es sollten Informationen über die wichtigsten Ereignisse in der Welt vermittelt werden, um so das eigene Urteil in diesen turbulenten Zeiten überprüfen zu können. Darauf kam es mir besonders an.

Noch schien die Möglichkeit der Realisierung des Projekts in weiter Ferne zu liegen. Um berechenbare Größen zu bekommen, stellte ich an Hand meiner „Materialsammlung“ eine Null-Nummer – 8 Seiten DIN A 4 – zusammen und ließ einige Abzüge davon machen. Wir merkten bald, daß der von mir gewählte Titel „Blick in die Welt“ wohl nicht gerade förderlich für das Unternehmen sein würde.

Bald darauf traf ich in meiner Wohnung mit Andreas Gayk zusammen. Da ihn die SA verfolgt hatte, war er untergetaucht. Mittlerweile wurde er schon von der Polizei steckbrieflich gesucht. Er hielt es für angebracht, auch in Berlin ständig seine Quartiere zu wechseln. Wir sprachen über meine Pläne, und ich legte ihm die inzwischen fertiggestellte ‚Nullnummer‘ zur Begutachtung vor. Gayk zeigte sich sehr interessiert und erklärte mir am Ende unserer Unterhaltung, daß er mitarbeiten wolle. Nach etwa zehn Tagen kam er mit einem fertigen Manuskript in meinen Betrieb, der Buchdruckerei Berolina am Alexanderplatz.

Nachdem das Erforderliche für die Herstellung der ersten Nummer festgelegt war, besorgte Gayk auch den Umbruch. Als die Seitenabzüge für die Druckerlaubnis vorlagen, verabredete ich mich mit Ristow, den ich zusammen mit Gayk – sie kannten sich beide bis dahin noch nicht – aufsuchte, um für die erste Nummer sein Placet einzuholen.

In dieser Zeit – Ende Mai 1933 – war Hans Weinberger zu mir gekommen, Lotte Knauer und Andreas Gayk hatten ihn offenbar von dem laufenden Verlagsvorhaben unterrichtet. Er stellte sich als früherer Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde vor. Im Augenblick war er dabei, sich mit der Herausgabe und dem Vertrieb kleinerer Druckschriften wie Singebüchern eine neue Existenz aufzubauen. Er hoffte auf diese Weise, den Kontakt mit den alten sozialdemokratischen Kinderfreunde-Funktionären aufrechtzuerhalten. Er nannte mir auch die Namen und Adressen zweier „Kollegen“, unter deren Schutz er seine Arbeit betrieb.

Mir wurde schnell klar, daß Weinberger in den Vertrieb von „Blick in die Zeit“ eingeschaltet werden wollte. Schon bei seinem zweiten Besuch erklärte er, daß er bereit sei, 20 000 Exemplare fest abzunehmen, wenn ihm der Alleinvertrieb zugesichert würde. Darüber hinaus berichtete er mir, daß die Kinderfreunde-Bewegung zwar verboten wäre, aber im Untergrund weiterarbeitete. Einigen Funktionären hatte er den Vorschlag unterbreitet, sich für die Werbe- und Vertriebsarbeit im Buch- und Zeitschriftenhandel eine polizeiliche Genehmigung zu besorgen. Da dies in den meisten Fällen bereits geklappt hatte, konnte Weinberger auch sein Angebot für eine Garantieabnahme machen. Obwohl es für mich ein beträchtliches Risiko war, ging ich auf seinen Vorschlag ein und holte dafür auch die Zustimmung von Ristow ein. Zwar war alles nicht gerade zu Ende gedacht, aber für „Blick in die Zeit“ – ohne länge-

ren Anlauf die Grundlage für den Absatz gefunden zu haben – war es ein viel zu schöner Gedanke, als daß wir diese Chance ungenützt verstreichen lassen wollten. Dennoch wußten alle, die sich zu dem Unternehmen zusammengefunden hatten, daß sie sich am Rande eines Abgrunds bewegten.

Der Verlagsbetrieb lief überraschend glatt. Nur wenige Male schritt die Polizei gegen einige Verteiler ein. „Blick in die Zeit“ selbst hatte, wie die spätere Nachforschung solcher Fälle ergab, dazu keine Veranlassung geboten.

Da Gayk zu der oben erwähnten Verabredung mit Ristow auch Weinberger mitbrachte, ließen sich sogleich alle für den Fortgang der verlegerischen Arbeit wichtigen Vereinbarungen treffen: Preisstellung, Honorarkosten, Auslieferung und Zahlungsweise. Mit dieser Viererrunde war die Gründung von „Blick in die Zeit“ faktisch besiegelt: zwei „Macher“ – Gayk und Weinberger –, Dr. Ristow – der die Verantwortung zu tragen hatte, und ich, der das Unternehmen in Gang gebracht hatte und für alle Risiken eintreten mußte. Als Gründungsdatum kann der 1. Juni 1933 angesehen werden.

Der Arbeitsablauf war nicht frei von Schwierigkeiten, so daß es großer Anstrengungen bedurfte, die inneren Kräfteverhältnisse im Gleichgewicht zu halten. Die Entscheidungen fielen oft zugunsten der „echten Verlagsarbeiter“ Gayk und Weinberger. Im Gegenzug vertrat Ristow als Herausgeber mit Nachdruck seine Rechte und er verlangte, daß ihm alle Texte, bevor sie zur Druckerei gingen, vorgelegt werden sollten. Es gelang mir schließlich, diese Forderung so weit abzumildern, daß sich Ristow bereit erklärte, sein Einverständnis zur Druckfreigabe auf den fertigen Seitenabzügen zu zeichnen. Diese Regelung hatte darüber hinaus den Vorteil, daß bei gegensätzlichen Ansichten hinsichtlich des einen oder anderen Textes nur noch Ristow und Gayk miteinander zu verhandeln hatten. Doch auch dieses abgekürzte Verfahren empfand Gayk bald als Unterordnung. Das Arbeitsklima im Verlag war also oft getrübt. Um es zu verbessern, kam mir der Gedanke, Kurt Exner in den Verlag zu holen. Ich war mit ihm befreundet und kannte ihn seit 1925 aus meiner Tätigkeit für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) als ausgleichende Persönlichkeit. Mit Ristow einigte ich mich, ihn als Geschäftsführer einzustellen. Kurz darauf ernannte ihn Ristow zu seinem Stellvertreter. Was zwischen Herausgeber und Redaktion auszuhandeln war, lief nunmehr über Kurt Exner.

Sieht man von einigen Pannen ab, die von unvorsichtigen oder übereifrigen Verteilern verursacht wurden, ging die tägliche Verlagsarbeit ohne größere Schwierigkeiten von außen vor sich. Deshalb kam das Erscheinungsverbot – „bis auf weiteres“ – völlig unerwartet; es bedeutete schließlich das Ende des Verlages. Das letzte Heft erschien Mitte August 1935.

Die Auflösung des Betriebes habe ich kaum wahrgenommen. Kurt Exner sorgte umsichtig dafür, daß sie nahezu geräuschlos ablief. Da der Verlag nur

noch wenige Verpflichtungen hatte – Gehälter, Miete, Bürokosten etc. –, blieb für mich als letzte Aufgabe die Einlösung von Wechseln. Weinberger hatte sie an Zahlungs Statt an Ristow gegeben, der sie seinerseits an die Druckerei weitergereicht hatte. Als Folge der Einstellung der Zeitschrift mußte der von Weinberger geführte Generalvertrieb Konkurs wegen Überschuldung anmelden. Es war ein lautloses Sterben.

Aus der Redaktionswerkstatt „BLICK IN DIE ZEIT“

So erstaunlich es nach dem, was bisher gesagt wurde, klingen mag: die Redaktion von „Blick in die Zeit“ war ein Ein-Mann-Betrieb. Andreas Gayk war die zentrale Figur, er stellte die Pläne für den Inhalt der einzelnen Ausgaben auf und gab sie als Teil-Aufträge an seine Mitarbeiter weiter. Oft mußte er sein Konzept für die folgende Nummer im letzten Moment aufgrund aktueller Ereignisse total umstoßen. Häufig war Schwerstarbeit nötig, um unter den gegebenen Bedingungen immer auf dem neuesten Stand der internationalen Nachrichten zu sein. Dies aber war eine wesentliche Voraussetzung, um den Erfolg unserer Zeitschrift zu sichern.

Einige seiner Mitarbeiter hatte sich Gayk selbst in den Verlag geholt, andere fanden sich aus unterschiedlichen Gründen zur Mitarbeit im Verlag ein. Meiner Meinung nach sah sich die Mehrzahl von ihnen, die aus ihrem Beruf entfernt worden war, durch die Mitarbeit bei „Blick in die Zeit“ von dem Druck befreit, gänzlich zum Schweigen verurteilt zu sein. Immer wieder fiel mir auf, daß alle es vermieden, bei zufälligen Begegnungen im Verlag, auf der Straße oder in der Bahn miteinander zu sprechen. Dies zeigt, unter welcher Angst die Mitarbeiter standen und wie stark sie sich durch ihre Arbeit für „Blick in die Zeit“ bedroht fühlten.

Andreas Gayk besorgte auch das besondere Gesicht für die Zeitschrift, das wir für alle Hefte beihielten. So bemühten wir uns zum Beispiel unter Berücksichtigung der optischen Lesbarkeit, so viel Text wie möglich auf den Seiten unterzubringen und Texte, die nicht so sehr auffallen sollten, im Satz bild gleichsam untergehen zu lassen. In ausführlichen Nachrichtenrubriken wurde den alten SPD-Freunden vom Schicksal ihrer Genossen ebenso Kenntnis gegeben wie vom Wüten der SA und SS. Wir berichteten aber auch, daß Teile des Parteiapparates der SPD ihre Arbeit wiederaufgenommen hatten. Um dererlei herauszufinden, mußte man allerdings die Texte sorgfältig studieren. Die ständige Flut von Leserzuschriften bewies uns, daß die Bezieher von „Blick in die Zeit“ sich offensichtlich sehr gut darauf verstanden.

So urteilen unsere Leser!

Schon lange wollte ich Ihnen einmal mitteilen, wie sehr mir Ihre neue Zeitung „Blick in die Zeit“ gefällt. Ich bin Kolporteur, bringe augenblicklich 80 Exemplare zu den Lesern, und auch bei ihnen kann ich jede Woche feststellen, daß die Zeitschrift mit Ungeduld erwartet wird, und jede Woche nimmt der Leserkreis zu. So etwas ist auf dem Zeitungsmarkt noch nicht dagewesen. G. Sch., Bremen.

Wie denken Sie über „Blick in die Zeit“?

2. Jahrgang Nr. 5 3. 2. 1934 Seite 2

So urteilen unsere Leser!

Wenn man in die heutige Zeit einen Blick werfen will, so kann man es nur in ihrer Zeitschrift tun. Das begreifen auch andere, denn nach mir lesen sie folgende Erwerbslose gratis: 1 Straßenbahner, 1 Bauarbeiter, 1 Maurer, 1 Eisenbahner und 1 Kutscher. P. C. in H.

Schon lange wurde mir die Zeitschrift von Bekannten empfohlen, leider konnte ich sie bis jetzt noch nicht hier kaufen. Ich erhielt sie dann von Freunden. Einmal gelesen — und jetzt dauernd! Endlich etwas für Leute, die nicht viel Zeit und Geld haben, aber ein bißchen denken können! H. S. in B.

Wie denken Sie über „Blick in die Zeit“?

2. Jahrgang Nr. 7 17. 2. 1934 Seite 2

So urteilen unsere Leser!

„Als Arbeitsloser und darum erst recht politisch Interessierter weiß ich, daß es ein Bedürfnis ist, billig und objektiv alle großen, nationalen und Weltfragen in klarer, übersichtlicher Form übermittelt zu erhalten, gerade deshalb, um nicht den Gefühlsschwankungen bei der Urteilsbildung zu erliegen. Ihr „Blick in die Zeit“ trägt dieser Auffassung außerordentlich Rechnung und ist mir unentbehrlich geworden.“

Gustav Meese, Iserlohn, Filialleiter.

Wie denken Sie über „Blick in die Zeit“?

in Jahrgang 1935 Nr. 10 Seite 7

So urteilen unsere Leser!

„Besonders anregend wirkt die Gegenüberstellung der vielfältigen, zu einer bestimmten Frage geäußerten Ansichten. Hierdurch gewinnt man einen Überblick über den Kampf der Meinungen und kann sich hierdurch leichter ein eigenes Urteil über eine Sache bilden, als wenn man nur die Meinung einer bestimmten Zeitung vorgesetzt bekommt. Die Auswahl der Stimmen ist im übrigen sehr klug und mit einem Blick für das Wesentliche vorgenommen. Man lernt erkennen, wie subjektiv oft Urteile sind, indem nämlich zu der gleichen Frage manchmal eine Ansicht geäußert wird, die in ausgesprochenem Gegensatz zu einer anderen Meinungsäußerung über dieselbe Frage steht (siehe Filmkritik!).

Es wäre zu wünschen, wenn die Zeitschrift weiterhin durch die Hervorhebung von Gegensätzlichkeiten der Meinung Abbruch täte, daß die Vielgestaltigkeit der Auffassungen einer langweiligen Gleichförmigkeit gewichen sei.“

Amtsgerichtsrat Döring, Karlshafen.

Wie denken Sie über „Blick in die Zeit“?

in Jahrgang 1935 Nr. 21 Seite 10

Da eine umfassende Darstellung der Inhalte der Zeitschrift hier nicht möglich ist, soll am folgenden Beispiel gezeigt werden, wie die redaktionelle Arbeit vor sich ging und wie die Leser von „Blick in die Zeit“ über politische Vorgänge durch „erhellende Gegenüberstellungen“ informiert wurden. Der Auszug ist einem Artikel von Prof. Ludwig Preller, dem engen Mitarbeiter von Andreas Gayk, entnommen, der unter dem Titel „Ein entlarvender Pressepiegel“ im Gedenkbuch „Andreas Gayk und seine Zeit“¹⁾ abgedruckt ist:

„Die sogenannte „Röhm-Revolution“ vom 30. 6. 1934“²⁾

In Nr. 27 muß Gayk sich im wesentlichen auf die Wiedergabe der offiziellen Verlautbarungen des NS-Regimes beschränken: „Der Führer hat lange und schweigend zugeschaut . . . Wo es nun in Güte nicht ging, mußte es mit Härte geschehen“, so Goebbels am 2. Juli 1934 im Rundfunk (Nr. 27, S. 3). Aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juli 1934 (Nr. 27, S. 3) wird allerdings zitiert, daß sich General a. D. von Schleicher seiner „Verhaftung durch Kriminalbeamte . . . mit der Waffe widersetzte“, dabei „wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt“, und anschließend kann die „Berliner Börsenzeitung“ von der „drakonischen Härte“ sprechen, „mit der bei der Überwindung der Krise . . . durchgegriffen wurde“ (ebenfalls Seite 3). Zitiert werden später (s. 13 ff.) die Prager „Bohemia“ vom 1. Juli 1934, die Göring einen „Polizeiminister von furchtbarem Format“ nennt, und die „Basler Nachrichten“ vom 30. Juni 1934, die von der Pressekonferenz Görings berichten, auf der „der Mann, der die Ereignisse dirigierte, von Energie strotzte“ und „nicht die geringste Nervosität zeigte“ – „auch beim allerletzten Wort nicht, als er sich an der Saaltür noch einmal umkehrte und mit lauter Stimme den Tod des ehemaligen Reichskanzlers Schleicher feststellte“. Diese Pressestimme ist besonders interessant, weil anzunehmen ist, daß im Ausland der Anteil Görings an der Ermordung Schleichers bereits geahnt wurde. In der nächsten Nummer 28 vom 14. Juli 1934, die, wie redaktionell erklärt wurde, wegen der „Fülle hochaktuellen Stoffes auf 24 Seiten erhöht worden ist“, wird dann „die neue Haßwelle“ in der ausländischen Presse dargestellt: „Action Française“ vom 2. Juli 1934: „ein Ereignis von derartiger Wildheit“; der „Intransigeant“ – zitiert aus dem „Völkischen Beobachter“: – gibt eine Antwort des „Volksschädlings Otto Strasser“ (so der „Völkische Beobachter“; immerhin war Otto Strassers Bruder Gregor während der Niederschlagung der Röhm-Revolution mit ermordet worden) wieder (S. 2): „Wenn Göring ohne Zögern diese Schlächtereien gegen seine Deutschen Brüder dirigierte, wird er – seien Sie versichert – noch weniger zögern, ein internationales Morden anzuzetteln. Göring, das ist der Krieg.“ Hier also konnte Gayk aussprechen (lassen), was die meisten Sozialdemokraten bereits bei der „Machtübernahme“ ahnend gewußt hatten! Schließlich zitiert die „Berliner Börsenzeitung“ vom 4. Juli 1934 (Nr. 28, S. 3) aus der „Times“: „Die Erklärung über die Verschwörung der bestraften SA-Führer möge eine leichte Grundlage haben, werde aber von niemandem geglaubt. Alle orientalischen und mittelalterlichen Despoten hätten eine solche Geschichte zur Hilfe gehabt . . . Deutschland sei zu den Zeiten Richards III. zurückgekehrt . . .“

¹⁾ 1893–1954, Andreas Gayk und seine Zeit, Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Karl Wachholtz Verlag Neumünster 1974

²⁾ Siehe auch die im Anhang abgedruckte Ausgabe von „Blick in die Zeit“, Heft 27, 1934

Um das Bild von der Arbeit der „Redaktionswerkstatt“ abzurunden, sei ergänzend hinzugefügt, daß in der Regel drei bis vier große Themen unter sorgfältiger Beachtung der gegebenen politischen Situation in den einzelnen Nummern von „Blick in die Zeit“ kritisch behandelt wurden. Meistens ging es dabei um die politischen oder wirtschaftlichen Probleme der Zeit. Darüber hinaus gab es viele möglichst knapp gehaltene Informationen. Kein Gebiet, ob Politik, Wirtschaft, Literatur, Kunst und Wissenschaft oder Sport und Unterhaltung wurde ausgespart. Neben den wichtigen Nachrichten für SPD-Mitglieder und Gewerkschafter fanden die Doppelseite „Kreuz und quer durch die Politik“ und „Berichte aus dem Ausland“ – es handelte sich dabei um vorsichtig aufgemachte, einander widersprechende Darstellungen – große Beachtung –, aus den Tageszeitungen war viel weniger zu erfahren. Es sei aber erwähnt, daß sich zahlreiche Redaktionen bemühten, ihrer journalistischen Pflicht dadurch nachzukommen, daß sie oft auf „Schleichwegen“ (Oschilewski) den Lesern ihren Standpunkt und ihre Meinung übermittelten.

So manche „Lesefrüchte“, die bei der Redaktionsarbeit gefunden wurden, mußten aus Vorsicht unter den Tisch fallen. Einige waren aber doch zu köstlich oder besser gesagt zu „schön dämlich“, als daß wir sie den Lesern vorenthalten wollten. Dafür ein Beispiel: die „Times“ glossierte eine Meldung aus dem „Völkischen Beobachter“ vom Juli 1933 – also sechs Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten – über die gestiegene Geburtenzahl in Württemberg, woraus der von Hitler in Gang gesetzte Aufschwung zu erkennen sei. Es war für uns durchaus kein einfacher Entschluß, das nachzudrucken, andererseits war es geeignet, den Lesern aufzuzeigen, wie verlogen, wie größenwahnsinnig, wie menschenverachtend das führende Blatt der NSDAP mit seiner Leserschaft umging.

„BLICK IN DIE ZEIT“ – aus eigener Kenntnis

Um diesen Bericht verständlicher zu machen und eine ausreichende Möglichkeit zur Beurteilung des Unternehmens zu bieten, füge ich folgende Erläuterungen hinzu, die alle auf meiner persönlichen Erfahrung beruhen.

Als ich damals begann, meine Vorstellungen zu konkretisieren, stand nicht die Frage im Vordergrund, ob der in der Zeitschrift selbst, beim Vertrieb oder im Leserkreis geübte Widerstand gegen den Nationalsozialismus der Erhaltung sozialdemokratischer Tradition dienen würde. Es ging auch nicht darum, eine sozialdemokratische Solidargemeinschaft aufzuzeigen, die vom Nonkonformismus bis hin zur direkten Aktion das Ziel verfolgte, die Sozialdemokratie neu zu formieren. Vielmehr kam es mir darauf an, eine geeignete Gelegenheit zur Auseinandersetzung zu finden, um besonders viele, auch nicht-sozialdemokratische Leser, zu erreichen. Ich wollte ihnen mit diesem Mittel

die Möglichkeit geben, ihren politischen Standort zu erweitern und ihn zu überprüfen. Dadurch hoffte ich zu erreichen, daß immer mehr Menschen in Deutschland eine von der vom Nationalsozialismus verordneten Einheitsmeinung abweichende Haltung einnehmen würden. Auch wenn der Begriff Widerstand in diesem Zusammenhang nur begrenzt anwendbar ist, war es doch diese Vorstellung, mit der es gelang, das Unternehmen „Blick in die Zeit“ gegen viele Schwierigkeiten in Gang zu setzen.

Was Ristow, Gayk, Weinberger, Exner und mich einte, war die entschiedene Ablehnung des Nationalsozialismus. Wir waren davon überzeugt und entschlossen, dieser Ideologie, ihrer Verbreitung und ihre Auswirkungen auf die Menschen, aus Gründen der Selbstachtung und sittlichen Verpflichtung entgegenzutreten. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß die Grundlage unserer Übereinstimmung nur sehr schmal war. Das lag sicherlich zum einen daran, daß die Anbindung der führenden Mitarbeiter an das Unternehmen unterschiedlich fest war, und zum anderen läßt es sich aus der jeweiligen Lebenssituation, der Herkunft und des Entwicklungsweges jedes einzelnen erklären. Um dies zu verdeutlichen, sollen im folgenden die beiden „Hauptkontrahenten“, Andreas Gayk und Dr. Ristow, vorgestellt werden. Sie beide sind – wenn auch auf sehr verschiedene Weise – als die eigentlichen „Motoren“ des Unternehmens „Blick in die Zeit“ anzusehen.

Über Andreas Gayk hat Karl Rickers, einer seiner engsten Mitarbeiter, 20 Jahre nach dessen Tod geschrieben: „Andreas Gayk war ein Prototyp des aus dem Arbeiterstand kommenden politischen Menschen. Das Bekenntnis zur Klasse war eine selbstverständliche Voraussetzung der politischen Existenz. Diese Position wurde von ihm mit praktischem Nachdruck, jedoch ohne das Stigma des Eiferers eingenommen. Gayk besaß eine enorme, auf die politische Tat ausgerichtete Intelligenz. . . . Auch für den Journalisten Andreas Gayk war die bewußt erlebte Klassenzugehörigkeit Ausgangspunkt der täglichen Arbeit.“

So sehr ich dieser Charakterisierung zustimme, sollen durch die Gegenüberstellung von Gayk und Ristow die Gegensätze dieser beiden Persönlichkeiten hier deutlich werden. In bezug auf „Blick in die Zeit“ hatten offenbar beide ein Interesse daran, im Verlag den Eindruck zu erwecken, daß sich hier zwei, die ständig entgegengesetzte Standpunkte vertraten, völlig wesensfremd gegenüberstanden.

Ristow gehörte einer Gesellschaftsschicht an, welche die sogenannten „Goldenen Zwanziger“ repräsentierte. Er liebte es, dies auch in aller Deutlichkeit zu zeigen und unterstrich gelegentlich seine Zugehörigkeit zur einstmals herrschenden Schicht durch ein Monokel. Ristow – gutbürgerlich und im Grunde unpolitisch – hatte für die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1918 kein Verständnis. Auch die Politik des nationalen Aufbruches, die durch

die Machtübernahme Hitlers deutlich wurde, blieb ihm fremd. Die Nationalsozialisten waren für ihn zunächst nur Kretins: laut, unangenehm und ohne jeden Stil. Obwohl er im Verlag sehr zurückhaltend auftrat, begegnete man ihm mit Mißtrauen. Gelegentlich hielt man ihn wohl sogar für einen verkappten Sympathisanten der Nazis. Hätte man gewußt, was Dr. Ristow für die Existenz von „Blick in die Zeit“ und für alle, die daran beteiligt waren, gewagt und eingesetzt hatte, wären solche Verdächtigungen schnell gegenstandslos geworden. Unter den damals gegebenen Umständen war es äußerst schwierig, in die Hintergründe des Unternehmens zu leuchten. Dr. Ristow in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen am Verlag beteiligt zu sehen, würde aber der Bedeutung dieses Mannes jedenfalls nicht gerecht werden. Nachdem sich vor kurzem die politikwissenschaftliche Forschung unter Prof. Peter Lösche (Universität Göttingen) mit „Blick in die Zeit“ befaßt hat, halte ich es für geboten, im zeitlichen Abstand von 50 Jahren abschließend eine Würdigung von Ristow vorzunehmen.

Dr. Alfred Ristow, der Betreuer der „Aktion Blick in die Zeit“

In aller Deutlichkeit sei hier herausgestellt: nur in der engen Zusammenarbeit mit Ristow konnte ich die Realisierung meines Verlagsprojekts zustande bringen, wie ich es am Anfang dieses Berichts aufgezeigt habe. Wie Gayk dafür sorgte, für die Zeitschrift einen eigenen, unserem Konzept entsprechenden journalistischen Stil zu finden und Weinberger mit seinen früheren Mitarbeitern in der sozialdemokratischen Kinderfreunde-Bewegung eine eigene Werbe- und Vertriebsorganisation aufbaute, war es das Verdienst des mutigen und geradlinigen Ristow, daß keiner der am Unternehmen Beteiligten in die Fänge der Gestapo geriet. Immerhin wurde am 22. Juni 1933 die SPD verboten, und nach dem Verbot bzw. der Selbstauflösung der übrigen Parteien (außer NSDAP) erließ die Reichsregierung am 14. Juli 1933 das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“. „Blick in die Zeit“ aber erschien seit dem 16. Juni 1933 bis Ende August 1935 Woche für Woche.

Meiner Erinnerung nach begegnete ich Ristow 1931 oder 1932 in einem Berliner Elektro-Großunternehmen. Ich war damals Mitinhaber der Buchdruckerei Berolina, und Ristow führte einen kleinen Forschungs- und Entwicklungsbetrieb auf fernmeldetechnischem Gebiet. Nachdem er als Leiter einer nachrichtentechnischen Abteilung bei der preußischen Polizei ausgeschieden war, bemühte er sich, seine Erfindungen und Patente bei der Industrie unterzubringen. So ergaben sich unsere ersten Geschäftskontakte. Ristow bat mich, ihm bei der Herausgabe einer kleinen Hauszeitschrift, die er zur Werbung für seinen Betrieb einsetzen wollte, zu helfen. Nach meiner Zusage erfuhr ich von ihm, daß er ein weiteres Verlagsobjekt plante. Er wollte für den Verein ehemaliger Offiziere der Nachrichtentruppe, dem er selbst angehörte,

ein Mitteilungsblatt herausgeben. Ich zeigte mich sehr daran interessiert, da ich hoffte, auf diese Weise neue Geschäftsbeziehungen knüpfen zu können. Mir war bekannt, daß viele Offiziere dieser Spezialtruppe des kaiserlichen Heeres nach der Revolution von 1918 einflußreiche Stellungen in der Elektroindustrie gefunden hatten. Als noch weitaus wichtiger – gerade in bezug auf „Blick in die Zeit“ – stellte sich heraus, daß viele der „alten Kameraden“ von Ristow nach der „Machtübernahme“ Hitlers in den neuen entscheidenden staatlichen und behördlichen Dienststellen wiederzufinden waren, z. B. bei der „politischen“ Polizei. Ich bin überzeugt, daß Ristow, der sich in der internen Nachrichtenübermittlung dieses Organs ja bestens auskannte, seine persönlichen Beziehungen benutzte und damit erreichte, daß polizeiliche Ermittlungen und Anzeigen gegen „Blick in die Zeit“ bei den mit der Überwachung der Presse befaßten NS-Amtsstellen nicht an die große Glocke gehängt wurden.

Meist handelte es sich beim Einschreiten der Behörden um einzelne Verteiler von „Blick in die Zeit“, die „anderweitig“ tätig und politisch auffällig geworden waren. Bei allen Nachforschungen – auch nach 1945 – ist nicht bekannt geworden, daß irgend jemandem Schaden wegen des Verbreitens oder des Bezugs der Zeitschrift erwachsen wäre.

Auch aus diesem Grunde möchte ich unser gemeinsames Bemühen als erfolgreiche Untergrundarbeit bezeichnen. Die Tatsache, daß unsere Tätigkeit nur zwischen 1933 und 1935 durchgeführt werden konnte, rührt nicht zuletzt daher, daß die Nazis anfangs durchaus nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen und des öffentlichen Lebens beherrschten und kontrollierten, wie vielfach angenommen wird. Etwa ab Mitte 1935 aber hatte die NSDAP das gesamte deutsche Pressewesen fest im Griff. Entweder hatten sie einzelne Zeitungen und Zeitschriften aufgekauft oder einfach verboten, sobald diese sich – wenn auch noch so vorsichtig – dem politischen Gleichschritt zu entziehen versuchten.

Auch an Dr. Ristow war die Partei mit einem Kaufangebot von etwa 200 000,- RM bis 300 000,- RM herangetreten, doch bei „Blick in die Zeit“ gab es nichts zu kaufen.

Es dauerte dann beinahe siebenundvierzig Jahre bis über das Unternehmen von „Blick in die Zeit“ erstmals in der bundesdeutschen Presse geschrieben worden ist. Henning Harmsen verfaßte den Bericht „Widerstand mit Schere und Klebstoff“, der in der Badischen Zeitung am 15. 5. 1980 veröffentlicht wurde. Einige sozialdemokratische Zeitungen druckten diesen Artikel dann nach.

In einem von der Stadt Kiel zu Ehren ihres verstorbenen Oberbürgermeisters Gayk herausgegebenen Erinnerungsbuch sind drei Aufsätze zu diesem Thema abgedruckt. Die Autoren, engere Mitarbeiter Gayks bei „Blick in die Zeit“ –

Michael Freund, August Rathmann und Ludwig Preller –, haben darin ausführlich und überzeugend über diese Form des Widerstandes berichtet („Andreas Gayk und seine Zeit“, Neumünster 1974). Gayks Tätigkeit wurde auch im Begleitband zur Ausstellung „Widerstand 1933 bis 1945 – Sozialdemokraten und Gewerkschaften gegen Hitler“ gewürdigt. (Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1980) Dort heißt es über „Blick in die Zeit“: „Eine der eigenartigsten Erscheinungen des deutschen Widerstandes.“

Leider haben die von mir seit 1953 unternommenen Bemühungen, festzuhalten, was von „Blick in die Zeit“ lebendig, aussagekräftig und interessant geblieben ist, alles in allem bisher nur ein recht bescheidenes Ergebnis erzielt.

Der Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Erscheint jeden Sonnabend

Die Röhlm-Revolute

Neuernde SA-Führer und reaktionäre politische Intriganten haben das Reich vonübergehend in eine schwere Krise gestürzt. Unter dem Schwort der „zweiten Revolution“ sollte die nationale Erhebung unter Führung des Reichsführers Röhlm „vorbereitet“ werden. In einer überraschenden, wohl vorbereiteten Straßaktion hat der Führer Adolf Hitler die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und die Verschwörung im Keime erstickt. Wegen der großen historischen Bedeutung dieser Vorfälle geben wir unseren Lesern heute neben einer chronologischen Darstellung der Ereignisse die wichtigsten Pressestimmen des In- und Auslandes zur Röhlm-Revolute.

Der Schwörer am Werk

Spaltspitze in der Bewegung.

„Seit vielen Monaten wurde von einzelnen Elementen versucht, zwischen SA. und Partei sowohl wie zwischen SA. und Saar Keile zu treiben und Gegensätze zu erzeugen. Der Verdacht, daß diese Versuche einer beschränkten, bestimmt eingestellten Clique zuzuschreiben sind, wurde mehr und mehr bestätigt.“

(Reichspressestelle der NSDAP.
L.A., 1. 7. 34.)

„Immer wieder kamen die Klagen...“

Seit Wochen und Monaten beobachteten wir, insonderheit die verantwortlichen Dienstführer — das ist meine und die des Reichsführers SS. Himmler —, beobachtet die Partei, daß ein Teil der obersten SA-Führer sich von den Zielen der Bewegung und des Staates abgewandt hat und seine eigenen Interessen, seinen eigenen Ehrgeiz und zum Teil auch seine unglückselige Veranlagung in den Vordergrund stellte. Immer wieder kamen die Klagen aus dem Lande, daß diese SA-Führer brutal gegen die Bevölkerung auftraten. Die Klagen häuften sich, daß Dinge geschahen, die mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht mehr übereinstimmen. Die Klagen häuften sich, daß alle Beschwerden bei den obersten SA-Führern keinen Sinn hatten.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Der Vertrauensbruch Röhms.

Sabotisch Röhlm, der vom Führer mit seltemem Vertrauen ausgestattet worden war, trat diesen Erscheinungen nicht nur nicht entgegen, son-

dern förderte sie unzweifelhaft. Seine bekannte unglückliche Veranlagung führte allmählich zu so unersättlichen Belastungen, daß der Führer der Bewegung und Oberste Führer der SA. selbst in schwerste Gewissenskonflikte getrieben wurde.

(Reichspressestelle der NSDAP.
L.A., 1. 7. 34.)

Ein Opfer seiner Veranlagung.

Vielleicht gerade durch seine Veranlagung umgab Röhlm sich in seinem ganzen Stab und den führenden Stellen der SA. mit solchen Männern, die nun ihrerseits in ihm den Gedanken erweckten, daß er der starke Mann Deutschlands wäre. So kam es, daß von seinen der obersten SA-Führung Pläne geschmiedet wurden, um die Bewegung zu schädigen, den Staat zu stürzen und einen Staat aufzurichten, der dann ein Staat dieser kranken Individuen geworden wäre.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Verbindung mit Schleicher und einer auswärtigen Macht.

Sabotisch Röhlm erst ohne Wissen des Führers mit General Schleicher in Beziehungen. Er bediente sich dabei neben einem anderen SA-Führer einer von Adolf Hitler schärfstens abgelehnten, in Berlin bekannten obskuren Persönlichkeit. Da diese Verhandlungen end-

lich — natürlich ebenfalls ohne Wissen des Führers — zu einer auswärtigen Macht bzw. deren Vertretung sich hinreckten, war sowohl vom Standpunkt der Partei wie auch vom Standpunkt des Staates ein Einschreiten nicht mehr zu umgehen.

(Reichspressestelle der NSDAP.
L.A., 1. 7. 34.)

Der Führer hat lange und schweigend zugehört.

Der Führer hat lange und schweigend zugehört. Oft und oft hatten die verantwortlichen Männer, die er in sein engstes Vertrauen zog, in der Öffentlichkeit gewarnt. Ihre Warnungen wurden in den Wind geschlagen oder gar mit überheblichem und zynischem Lächeln abgetan. Wo es nun in Güte nicht ging, mußte es mit Härte geschehen. Und so wie der Führer in der Güte groß ist, so kann er auch groß sein in der Härte. Das sollte nun an diesem Beispiel gezeigt werden. Und auch die Kreise der Reaktion, die hier mit im Bunde waren, sollten wissen, daß nun der Spaß zu Ende ist und der Ernst beginnt. Der Führer und seine Getreuen können und werden es nicht zulassen, daß ihr Aufbauewerk, unter unsäglichen Opfern von der ganzen Nation begonnen, durch das Intrigenspiel gewissenloser politischer Dilettanten in Gefahr gebracht wird.

(Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk. Der Montag, 2. 7. 34.)

In dieser Nummer:

Die Röhlm-Revolute

Die große Steuerreform

Röhlm-Revolute und Auslandspreste

Nationalsozialismus u. Faschismus Außerdem:

Das Wichtigste und Interessanteste aus
Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

27

Die plötzliche Beurlaubung Röhm's.

Die plötzliche Beurlaubung Röhm's vor einigen Wochen ließ bereits erkennen, daß seine Stellung als Stabschef nicht mehr zu halten war.

(National-Zeitung, Essen.)

Sie haben nicht gehört...

Als der Preussische Ministerpräsident vor genau zwei Wochen in Potsdam seine erste Rede gegen das Schlagwort von der zweiten Revolution hielt und offen von den Fehlern einiger Unterführer sprach, saßen an dem langen Tisch des Staatsrats auch mehrere der Führer der SA, die jetzt ihre Schuld mit dem Leben gebührt haben. Sie haben nicht gehört. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat für jeden, der hören wollte und denken kann, die Grundsätze Adolf Hitlers für die weitere Führung der nationalsozialistischen Revolution so deutlich im Gegensatz zu den Plänen der jetzt mit dem Tode bestraften SA-Führer dargelegt, daß er bis zu dem schärfsten Wort von einer „Revolution“ ging. Dr. Goebbels hat in den letzten Reden gegen die Mißmachern und Kritiker sich mit den „Wühlmäusen“ beschäftigt. Die politischen Drahtzieher dieser Meuterei, die in Wirklichkeit etwas ganz

anderes wollten als die verführten Kämpfer aus den Reihen der SA, waren auch gewarnt. (Der Montag, 2. 7. 34.)

Die armen SA-Männer sind verführt worden.

Die armen SA-Männer sind verführt worden. Sie wurden alarmiert und bewaffnet und wollten nicht wozu. Man sagte: gegen die Reaktion und marschierte gemeinsam mit ihr. Das war das Verführliche, daß die oberste SA-Führung das Phänomen einer zweiten Revolution gegen die Reaktion errichtete und selbst mit ihr eng verbunden war.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Das deutsche Volk am Rande eines gefährlichen Abhanges.

Mit der überraschenden, atemberaubenden Wucht eines ganz großen elementaren Ereignisses ist die SA-Krise samt ihrer blitzartigen Lösung über uns hereingebrochen. Die Verantwortungslosigkeit und die moralische Verflüchtung eines kleinen Klüngels von SA-Führern hatten es zuzugebracht, daß in der vergangenen Nacht das deutsche Volk an den Rand eines gefährlichen Abhanges gelangt war, ohne es zu wissen (B.Z., 1. 7. 34.)

Führen eine Ansprache, in der er seine unerschütterliche Verbundenheit mit der SA betonte, zugleich jedoch den Entschluß verkündete, disziplinierte und ungehorsame Subjekte sowie assoziierte oder krankhafte Elemente von jetzt ab unbarmherzig auszureinigen und zu vernichten. (Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

Nur ein kleiner Klüngel hinter den Verhängen.

Die Vermutung wurde hier zur Gewißheit, daß nur ein ganz verschwindend kleiner SA-Führer-Klüngel hinter diesen hochverräterischen Plänen stand — die Masse der SA-Führer und die gesamte SA, aber wie ein Mann, wie ein geschlossener Block, in Treue zu ihrem Führer steht.

(N.S.K. B.T., 1. 7. 34.)

Röhm ausgestoßen.

Ich habe mit dem heutigen Tage den Stabschef Röhm seiner Stellung entzogen und aus Partei und SA ausgestoßen. Ich ernenne zum Chef des Stabes Obergruppenführer Lutze. SA-Führer und SA-Männer, die seinen Befehlen nicht nachkommen oder zuwiderhandeln, werden aus SA und Partei entfernt bzw. verhaftet und abgeurteilt.

gez.: Adolf Hitler,

Oberster Partei- und SA-Führer.

(Reichspressestelle der NSDAP. V.B., 1. 7. 34.)

Sieben SA-Führer erschossen.

Im Zusammenhang mit dem aufgedeckten Komplott wurden nachstehende SA-Führer erschossen:

Obergruppenführer August Schneiderhuber, München,
Gruppenführer Edmund Heines, Schlesien,
Gruppenführer Karl Ernst, Berlin,
Gruppenführer Wilhelm Müller, München,
Gruppenführer Hans Hain, Sachsen,
Gruppenführer Hans Peter v. Heydebreck, Pommern,
Standartenführer Hans Erwin Graf Spri, München.

(Reichspressestelle der NSDAP. D.A.Z., 1. 7. 34.)

Auch Röhm erschossen.

Auch Röhm wird mitgeteilt:

Dem ehemaligen Stabschef Röhm ist Gelegenheit gegeben worden, die Konsequenzen aus seinem verräterischen Handeln zu ziehen. Er tat das nicht und wurde daraufhin erschossen. (Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Göring's Auftrag.

Der Führer gab dem Preussischen Ministerpräsidenten Göring den Befehl, in Berlin eine ähnliche Aktion durchzuführen und dort insbesondere die reaktionären Verbündeten dieses politischen Komplotts auszuhacken.

(Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

Hauptmittelsmann Schleicher.

Der Hauptmittelsmann war der frühere Reichskanzler und General Schleicher, der die Verbindung knüpfte zwischen Röhm, einer ausländischen Macht und zu jenen ewig unzufriedenen gestrigen Gestalten. Ich habe meine Aufgabe erweitert, indem ich auch gegen diese Unzufriedenen einen Schlag führte. Er war selbstverständlich, daß General Schleicher verhaftet werden mußte.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Die Straffaktion des Führers

Sobald dem Führer Gewißheit geworden war...

Sobald dem Führer durch die Ereignisse und die Nachrichten der letzten Tage über das gegen ihn und die Bewegung geschmiedete Komplott Gewißheit geworden war, faßte er den Entschluß zu handeln und mit aller Schärfe durchzugreifen. Während er in Essen weilte und in den westdeutschen Gauen die Arbeitsdienstlager besichtigte, um nach außen den Eindruck absoluter Ruhe zu erwecken und die Verärgerung nicht zu wahren, wurde der Plan, eine gründliche Säuberung vorzunehmen, in aller Einzelheiten festgelegt. Der Führer persönlich leitete die Aktion und zögerte keinen Augenblick, selbst den Meutereien gegenüberzutreten und sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum Chef des Stabes — an Stelle Röhm's — wurde der Obergruppenführer Lutze ausserstehen und zur Aktion hinzugezogen.

„SA, heraus auf die Straße!“

Als der Führer mit seinen Begleitern gegen 4 Uhr morgens auf dem Münchener Flugplatz landete, erhielt er die Nachricht, daß die Münchener SA, während der Nacht von ihrer Führung alarmiert worden war, unter der gemeinen und lägehaften Parole: „Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns, SA, heraus auf die Straße!“ Der bayerische Innenminister Wagner hatte inzwischen aus eigenem Entschluß Obergruppenführer Schneiderhuber und Gruppenführer Schmidt den Befehl über die SA-Formationen entzogen und diese wieder nach Hause geschickt.

Schneiderhuber und Schmidt verhaftet.

Im bayerischen Innenministerium wurden Schneiderhuber und Schmidt in Gegenwart des Führers verhaftet. Der Führer, der ihnen altein entgegentrat, riß ihnen selbst die Achsestücke von der SA-Uniform.

Auch Röhm festgenommen.

Mit wenigen Begleitern fuhr der Führer dann unverzüglich um 5 Uhr 30 Min. nach Bad Wiessee, wo sich Röhm aufhielt.

In dem Landhaus, das Röhm bewohnte, verbrachte auch Heines die Nacht. Der Führer betrat mit seinen Begleitern das Haus. Röhm wurde in seinem Schlafzimmer vom Führer

persönlich verhaftet. Röhm fügte sich wortlos und ohne Widerstand der Haft...

Mit Röhm wurde auch der größte Teil seines Stabes verhaftet.

Ein schamloses Bild.

In dem unmittelbar gegenüberliegenden Zimmer von Heines bot sich den Eintretenden ein schamloses Bild. Heines lag mit einem homosexuellen Jüngling im Bett. Die widerliche Szene, die sich dann bei der Verhaftung von Heines und seinem Genossen abspielte, ist nicht zu beschreiben. Sie wirft schlagartig ein Licht auf die Zustände in der Umgebung des bisherigen Stabschefs, deren Beseitigung dem entschlossenen, tapferen und unerschrockenen Handeln des Führers zu verdanken ist. (N.S.K. B.T., 1. 7. 34.)

Die Pestbeule wird aufgestochen.

Die Durchführung der Verhaftung zeigte moralisch so traurige Bilder, daß jede Spur von Mitleid schwinden mußte. Einige dieser SA-Führer hatten sich Lustkuben mitgenommen. Einer wurde in der ekelhaftesten Situation aufgeschreckt und verhaftet. Der Führer gab den Befehl zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Pestbeule. Er will in Zukunft nicht mehr dulden, daß Millionen ansässiger Menschen durch einzelne krankhaft veranlagte Wesen belastet und kompromittiert werden.

(Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

Neue Verhaftungen.

Nach dem Abtransport der Verhafteten fuhr der Führer die Straße Wiessee-München zurück, um eine Reihe weiterer schwerbelasteter SA-Führer, die unterwegs zu der befohlenen SA-Führerbesprechung waren, auf der Straße zu verhaften. Die Wagen wurden während der Fahrt angehalten und ihre Insassen, soweit sie als schuldig festgestellt wurden, von der Begleitung des Führers nach München übergeführt. Eine Reihe anderer an der Meuterei beteiligter SA-Führer wurde auf dem Hauptbahnhof in München aus den Zügen heraus in Haft genommen. (N.S.K. B.T., 1. 7. 34.)

Hitler vor den SA-Führern.

Mittags 12 Uhr hielt der Führer vor den in München zusammengekommenen höheren SA-

Schleicher und Frau erschossen.

Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a. D. v. Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt.

(Deutsche Allgemeine Zeitung, 1. 7. 34.)

„Die Verschwörermeister sind ausgehen.“

Am Sonnabend nachmittag schon ergibt sich, daß die Lage im ganzen Reich vollkommen ruhig und geklärt ist. Die Verschwörermeister sind ausgehen, und nun gibt der Führer dem Volke in seinen Erlassen Aufklärung über die Gründe seines Vorgehens.

(Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk, 1. 7. 34.)

„Die drakonische Härte beleuchtet den Ernst der Lage.“

Die drakonische Härte, mit der bei der Überwindung der Krise gegen die Schuldigen durchgegriffen wurde, beleuchtet den Ernst der Lage, die sich dem Kaiser am Freitagabend darbot. Wenn es auch erwiesen ist, daß die gemeinen Umtriebe der Überführten und Gestraften sich nur auf einen kleinen, wenn auch hochgestellten Kreis beschränkten, und wenn es auch ebenso sicher ist, daß die Masse der SA selbst ihrem obersten Führer Adolf Hitler über alle Versuche hinweg die Treue gehalten hat, so kann doch nicht bezweifelt werden, daß der Ausbruch der offenen, von der Röh-Clique beabsichtigten Aktion eine schwere Erschütterung des Reiches und seines Prestiges zur Folge gehabt hätte. Diese Gefahr bewog Hitler, den schädlichen Prozeß sich ausbreiten zu lassen und ihn dann mit einem vernichtenden Schlag, der zugleich allen möglichen anderen trüben Begleiterscheinungen gilt, zu beenden.

(Berliner Börsen-Zeitung, 1. 7. 34.)

Der Alarmzustand aufgehoben.

Der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg hat folgenden Erlaß an die Wehrmacht gerichtet:

Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert.

Die Wehrmacht als des Waffenträgers des gesamten Volkes, fern vom innerpolitischen Kampf, wird danken durch Hingebung und Treue!

Das vom Führer geforderte gute Verhältnis zum neuen SA wird die Wehrmacht mit Freuden pflegen im Bewußtsein der gemeinsamen Ideale.

Der Alarmzustand ist überall aufgehoben.

gez. von Blomberg

(Der Montag, 2. 7. 34.)

Antich wird mügeteilt:

Die Säuberungsaktion fand gestern ihren Abschluß. Weitere Aktionen in dieser Richtung finden nicht mehr statt. Somit hat der gesamte Eingriff zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung in Deutschland vierundzwanzig Stunden gedauert. Im ganzen Reich herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Das gesamte Volk steht in unerbittlicher Begeisterung hinter dem Führer.

(Angriff, 2. 7. 34.)

Daluge reorganisiert die SA.

SS-Gruppenführer Daluge ist von Ministerpräsidenten Göring bevollmächtigt worden, die SA-Gruppen Berlin-Brandenburg, Pommern, Ostmark, Schlesien und Mitteleuropa zu organisieren.

(D.A.Z.)

Dank des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat dem Reichkanzler und dem preußischen Minister seinen Dank

und seine Anerkennung für die Niederschlagung des Hochverratsversuches ausgesprochen.

(A.)

Mahnung an die Beamten.

Der Reichsinnenminister hat an die Beamten einen Erlaß gerichtet, in dem er vollste Plichterfüllung fordert und ankündigt, daß jede Sabotage geahndet wird.

(A.)

Unsinigige Gerüchte.

Die Emigrantepresse benutzt die Gelegenheit der Niederschlagung eines Putschversuches, um die abenteuerlichsten Gerüchte über Deutschland zu verbreiten. Obwohl aus den veröffentlichten Darstellungen einwandfrei hervorgeht, daß nur ein kleiner Führerkreis aus der SA betroffen worden ist und die ganze SA und der größte Teil ihres Führungskorps sich ihrer Verpflichtung und ihres Eides voll und ganz bewußt sind und dem Führer zu allen Zeiten die Treue gehalten haben, werden die abenteuerlichsten Meldungen über Hinrichtungen und Erschießungen in Deutschland verbreitet. Man nennt phantastische

Torenzahlen und gibt zeitenlange Listen von angeblich erschossenen Persönlichkeiten an, die sämtlich wohlbehalten sind und wie zu allen Zeiten ihrem Dienst nachgehen.

So wurde am Montag z. B. von der Emigrantepresse im Saargebiet die Nachricht verbreitet, der katholische Bischof von Berlin, Bares, und der Chef der Heeresleitung, General der Artillerie von Fritsch, seien erschossen worden. Beide Persönlichkeiten haben selbst festgestellt, daß es ihnen ausgezeichnet geht und kein Mensch sie auch nur im geringsten irgendwie behelligt hat. Auch Graf Helldorf, der Potsdamer Polizeipräsident, der gleichfalls von den Totsagenden gehört, verzichtet seinen Dienst wie immer und stattete Montag in dem Reichspropagandaministerium einen Besuch ab. Genau so verhält es sich mit den zahlreichen anderen genannten Personen, seien es Hohenzollernprinzen, für die die marxistische Emigrantepresse plötzlich eine gewisse Sympathie entdeckt hat, Minister oder bekannte Führer der NSDAP.

(B.Z. am Montag, 3. 7. 34.)

Hitlers Befehle an die SA.

Adolf Hitler hat an den Chef des Stabes, Lutze, folgenden Befehl gegeben:

Wenn ich Sie heute zum Chef des Stabes der SA ernenne, dann erwarte ich, daß Sie sich hier eine Reihe von Aufgaben anlegen lassen, die ich Ihnen hiermit stelle:

1. Ich verlange vom SA-Führer genau so wie er vom SA-Mann blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin.

2. Ich verlange, daß jeder SA-Führer wie jeder Politische Führer sich dessen bewußt ist, daß sein Benehmen und seine Aufführung vorbildlich zu sein hat für seinen Verband, ja, für unsere gesamte Gefolgschaft.

3. Ich verlange, daß SA-Führer, genau so wie Politische Leiter, die sich in ihrem Benehmen in der Öffentlichkeit etwas zuschulden kommen lassen, unmissverständlich aus der Partei und der SA entfernt werden.

4. Ich verlange insbesondere vom SA-Führer, daß er ein Vorbild in der Einfachheit und nicht im Aufwand ist. Ich wünsche nicht, daß der SA-Führer kostbare Diners gibt oder an solchen teilnimmt. Ich verbiete insbesondere, daß Mittel der Partei, der SA, oder überhaupt der Öffentlichkeit für Festgelage und dergleichen Verwendung finden. Es ist unverantwortlich, von Geldern, die zum Teil sich aus den Groschen unserer ärmsten Mitbürger ergeben, Schlemmereien abzuhalten. Das luxuriöse Stabsquartier in Berlin, in dem, wie nunmehr festgestellt wurde, monatlich bis zu 30 000 Mark für Festessen usw. ausgegeben wurden, ist sofort aufzulösen.

Ich untersage daher für alle Parteianstalten die Veranstaltung sogenannter Festessen und Diners aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln, und ich verbiete allen Partei- und SA-Führern die Teilnahme an solchen. Ausgenommen ist nur die Erfüllung der von Staats wegen notwendigen Verpflichtungen, für die in erster Linie der Herr Reichspräsident, dann noch der Herr Reichsaussenminister verantwortlich sind. Ich verbiete allen SA-Führern und allen Parteiführern im allgemeinen, sogenannte diplomatische Diners zu geben. Der SA-Führer hat keine Repräsentation zu üben, sondern seine Pflicht zu erfüllen.

5. Ich wünsche nicht, daß SA-Führer in kostbaren Limousinen oder Cabrioletts Dienstleistungen unternehmen oder Dienstwagen für die Anschaffung derselben verwenden. Dasselbe gilt für die Leiter der Politischen Organisationen.

6. SA-Führer oder Politische Leiter, die sich vor aller Öffentlichkeit betrinken, sind unwürdig, Führer ihres Volkes zu sein.

Das Verbot börgender Kritik verpflichtet zu vorbildlicher Haltung. Fehler können jederzeit verziehen werden, schlechte Aufführung nicht. SA-Führer, die sich daher vor den Augen der Öffentlichkeit unwürdig benehmen, randeln oder gar Exzesse veranstalten, sind ohne Rücksicht sofort aus der SA zu entfernen. Ich mache die vorgesetzten Dienststellen verantwortlich dafür, daß durchgegriffen wird.

Von den staatlichen Stellen erwarte ich, daß sie in solchen Fällen das Straßmaß höher bemessen als bei Nichtnationalsozialisten. Der nationalsozialistische Führer und insbesondere der SA-Führer soll im Volke eine gehobene Stellung haben. Er hat dadurch auch erhöhte Pflichten.

7. Ich erwarte von allen SA-Führern, daß sie mithelfen, die SA-Institution zu erhalten und zu festigen. Ich möchte insbesondere, daß jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei oder Hitler-Jugend geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich oder moralisch verdothen werden. Ich wünsche daher, daß alle SA-Führer peinlichst darüber wachen, daß Verfehlungen nach § 175 mit sofortigem Ausschuß des Schuldigen aus SA und Partei beantwortet werden. Ich will Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen.

8. Ich verlange von allen SA-Führern, daß sie meine Loyalität mit ihrer eigenen bekräftigen und durch ihre eigene unterstützen.

Ich verlange von ihnen aber besonders, daß sie ihre Stärke auf dem Gebiet suchen, das uns gegeben ist, und nicht auf Gebieten, die anderen zukommen. Ich verlange vor allem von jedem SA-Führer, daß er in bedingungsloser Offenheit, Loyalität und Treue sein Benehmen gegenüber der Wehrmacht des Reiches einrichtet.

9. Ich verlange vom SA-Führer, daß er an Mut und Opferrinn von seinen Untergebenen nicht mehr fordert, als er selbst jederzeit einzusetzen bereit ist. Ich verlange daher, daß er in seinem Benehmen und in der Behandlung des ihm von mir anvertrauten deutschen Volksgenossen sich als wirklicher Führer, Freund und Kamerad erweist. Ich erwarte von ihm, daß er auch in seinem Verband die Tugenden höher einschätzt als die Zahl.

10. Ich erwarte von Ihnen als Chef des Stabes, daß der alte treue Parteigenosse, der langjährige Kämpfer in der SA, nicht vergessen wird. Ich wünsche nicht die Auflösung mit tausend unglücklichen, aber körperlichen Säben, und ich will, daß man bei Beförderungen nicht so sehr vom abstrakten Wissen ausgeht, als von der angeborenen Fähigkeit, Führer zu sein und der langjährigen erprobten Treue und Opferwilligkeit. Ich habe in meiner SA einen ungeheuren Stamm treuester und braver Gefolgsmänner. Diese haben Deutschland erobert und nicht die gescheiten Spätlinge des Jahres 1933 und seitdem.

11. Ich will, daß der SA-Mann geistig und körperlich zum geschultesten Nationalsozialisten erzogen wird. Nur in der weltanschaulichen Verankerung in der Partei liegt die einzigartige Stärke dieser Organisation.

12. Ich will, daß in ihr der Gehorsam, die Treue und die Kameradschaft als durchgehende Prinzipien herrschen. Und so, wie jeder Führer von seinen Männern Gehorsam fordert, so fordere ich von den SA-Führern Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam meinem Befehl.

Adolf Hitler.
(Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

und 1930 die Dinge geschmissen hat, wie der zu Ehren kommt.

Überall können Sie heute feststellen, daß diese Leute innerhalb der Bewegung am schlechtesten stehen, daß andere Führer geworden sind, die es nicht verdient haben. Wir werden gerade diese Säuberung durchführen, um wieder der SA ihren alten hervorragenden Ruf zuteil werden zu lassen. Es ist bedauerlich, und Sie werden verstehen, wie schwer für uns alle es gewesen ist, von einem Teil der Männer trennen zu müssen, die wir einst geschätzt und geliebt haben.

Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse.

(Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Die zweite Revolution

„Die zweite Revolution ist gekommen...“

Die Verschwörer hauierten in ihren Konventikeln mit der Meinung, es müsse eine zweite Revolution gemacht werden. Nun, diese zweite Revolution ist gekommen, aber anders, als sie sich das gedacht hatten. Sie hatten sich schon die uns feindlich gesinnte Auslandspresse zur Hilfe gerufen. Sie faselte schon seit Wochen von Krisen des Systems. Sie mag nun wissen, wo Stärke und Autorität in Deutschland zu finden sind.

Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk.
(V.B., 1. 7. 34.)

Zu Ende, ehe sie ausgebrochen

Die zweite Revolution ist zu Ende, noch ehe sie ausgebrochen war. Oder richtiger gesagt: sie ist den Leuten, die sie planten und systematisch das Gerede darüber in die Welt setzten, aus der Hand genommen und durchgeleitet worden in einen ganz anderen Sinn, als in dem beabsichtigten. Mit blitzartiger Entschlußkraft und mit äußerster Energie haben die verantwortlichen Männer der Reichs- und der preußischen Staatsführung, haben Adolf Hitler und Hermann Göring eine siegreiche, durchgreifende Revolution von oben unternommen und damit die Unternehmer der angeblichen zweiten Revolution als das entlarvt, was sie waren: Menschen, die unter dem Lächeln Fortunus Maß und Selbstsicherheit verloren hatten, Menschen zum Teil, die schon aus unglücklicher Veranlagung nicht männlich und treu, sondern feminin und intrigant waren, Menschen zum anderen Teil, die nur zu berechtigter Minderwertigkeitskomplexe durch betonte Brutalität zum Schweigen zu bringen suchten.

(Rheinisch-Westfälische Zeitung, 1. 7. 34.)

Wie weit das Richtschwert getroffen hat, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Wie weit das Richtschwert getroffen hat, entzieht sich im Augenblick noch der Kenntnis der Öffentlichkeit. Es kann aber kein Zweifel darüber sein, daß in den höchsten Stellen sowohl SA wie der Staatsführung die sogenannte zweite Revolution mit brachialer Gewalt und ohne Rücksichtnahme auf Lebenswerte vom Führer persönlich und von dem Beauftragten des Führers, dem Ministerpräsidenten General Göring, abgezwängt worden ist. Wenn in München sich der moralische Schmutz zu Bergen gehäuft hat, so ist es in Berlin und Schlesien in erster Linie der politische Schmutz gewesen, der ausgesäubert werden mußte.

(National-Zeitung Essen, 1. 7. 34.)

Der Prozeß der Säuberung wird rücksichtslos vorwärts getrieben...

Der Prozeß der Säuberung wird nun rücksichtslos vorwärts getrieben. Der Führer

wird nicht mehr länger dulden, daß in Staat und Bewegung Männer an der Spitze stehen, die durch unglückliche Veranlagung soziale und amoralische Elemente geworden sind. Wir werden auch nicht dulden, daß von einer zweiten Revolution noch geschwätzt wird. Es wurde eine zweite Revolution verworfen, aber gemacht wurde sie durch uns gegen diejenigen, die sie heraufbeschworen haben.

Die zweite Revolution hat dazu geführt, daß gerade die, die gegen den Staat revoltierten, Haupt und Leben lassen mußten.

Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse.

(Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

„Die ewigen Quertreiber mögen aus diesem Beispiel lernen...“

Die ewigen Quertreiber mögen aus diesem Beispiel lernen, was es heißt, sich an der Sicherheit des deutschen Staates und an der Unantastbarkeit des nationalsozialistischen Regimes zu vergreifen. Wir sind weit davon entfernt, kleinliche Meckereien und Nitgelein, die nun einmal in der Natur vieler Menschen liegen, allzu tragisch zu nehmen. Wer sich aber bewußt und planmäßig gegen den Führer und seine Bewegung erhebt, der darf davon überzeugt sein, daß er ein leichtfertiges Spiel mit seinem Kopf treibt.

Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk.
(V.B., 1. 7. 34.)

Die kurze Geschichte der zweiten Revolution redet eine eindringliche Sprache...

Die kurze Geschichte dieser nicht zur Entwicklung gelangten zweiten Revolution redet eine eindringliche Sprache:

Es gibt in der Bewegung, und es gibt in Deutschland keinen anderen bestimmenden Willen als den des Führers. Es gibt keine andere Gewalt als die, deren Verkörperung er ist. Es gibt nur ein Vertrauen zu ihm, aus dem das für alle anderen sich ableitet. Der heutige Tag hat ihn aus traurigem Anlaß auf einer unerhörten Höhe des Verantwortungsbewußtseins und der Entschlußkraft gesetzt. Wenn das Vertrauen des Volkes in ihn einer Steigerung fähig war, sie wäre erreicht durch das Wissen um die heutigen Vorgänge.
(Rheinisch-Westfälische Zeitung, 1. 7. 34.)

Wir haben gehandelt, damit der alte SA-Mann wieder zu Ehren kommt.

Der Schlag hat sich gerichtet gegen die Meuterer gegen alle unzufriedenen Kreise der Reaktion. Wir werden die SA reinigen von all den Elementen, die jetzt erst in die SA hereinkommen sind und dort Führerstellungen einnehmen.

Wir haben gehandelt, damit der alte SA-Mann, d. h. der SA-Mann, der 1928, 1929

Das revolutionäre Element ist in der Partei so lebendig wie je.

Aus den Reden der letzten Zeit, die Adolf Hitler in Gera, Rudolf Heß, Dr. Goebbels und der Preussische Ministerpräsident gehalten haben, sind noch einige Hauptgedanken herauszuheben, die jedem Nationalsozialisten von erfreulichster Bedeutung sein müssen: die Betonung des revolutionären Grundwesens des Nationalsozialismus. In den Reden der drei letztgenannten Führer wurde mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gesagt, daß das revolutionäre Element in der Partei so lebendig ist wie je, während Heß auch erklärte, Adolf Hitler ist innerlich Revolutionär größtes Stiles und bleibt Revolutionär größtes Stiles. Er braucht keine Krücken... Er kennt die Grenzen des mit den jeweiligen Mitteln unter den jeweiligen Umständen jeweils Erreichbaren. Jeder muß der Auffassung von Heß beipflichten, daß hier nur der Führer in der Lage ist, alle Seiten der Probleme zu überblicken und demgemäß den Augenblick zum Handeln zu sehen und zu benutzen.

(Reichswart, 1. 7. 34.)

„Unsere wirtschaftliche Situation ist nicht so...“

Unsere wirtschaftliche Situation ist nicht so, daß sie eine weitere Belastung ertragen könnte. Das hat Heß wohl gemeint, als er warnend erklärte: „Revolutionen in Staaten mit komplizierten modernen Wirtschaften, an denen das Leben der Völker hängt, können nicht nach Vorbildern aus dem 18. Jahrhundert oder nach dem Muster der alljährlichen Revolutionen kleiner exotischer Republiken gemacht werden.“ Wer das weiß und sich den Schaden ausmalen kann, den unser Volk erleiden würde, wenn Phantasien mit Scheuklappen sich in Revolutionsspielererei ergingen, der wird wünschen, daß der Appell des stellvertretenden Parteiführers an die Verantwortlichen, zu verhindern, „daß unser Volk samt den wirklichen Revolutionären schwersten Schaden erleidet“, bis in die kleinste Zelle dringt und befolgt wird.
(Germania, 27. 6. 34.)

Entweder Hitler oder Stalin.

Der Nationalsozialismus wird von der Macht nicht abtreten, schon deshalb nicht, weil er weiß, daß nach ihm das Chaos kommen müsse, in dessen Strudel Deutschland aufhören würde zu bestehen. Er gibt nicht die Alternative, als ob nach ihm eine gut bürgerliche „volkskonservative“ Regierung kommen könnte, sondern Deutschland und die ganze Welt hat nur die Wahl: Entweder Hitler oder Stalin, entweder Deutschland oder die kommunistische Internationale.

Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß. (Völkischer Beobachter, 27. 6. 34.)

„Mögen sich die fremden Staaten keiner Täuschung hingeben...“

Mögen sich im übrigen die fremden Staaten, die unsere Gegner sind, keiner Täuschung hingeben: Ihre Hoffnung, der Nationalsozialismus könnte doch noch erledigt werden, ist ein gefährliches Hoffen, und die Verwirklichung ihres Hoffens würde tödlich für sie selbst sein. Ein Abstreben des Nationalsozialismus von der politischen Bühne des deutschen Volkes würde nicht etwa Deutschland in erneute Abhängigkeit von allen Wünschen der betreffenden Regierung bringen, sondern am Ende dieser Entwicklung stünde ein europäisches Chaos.

Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß. (Der Deutsche, 27. 6. 34.)

„Diese zweite Revolution ist die logische Fortsetzung der deutschen Erhebung...“

Das Gerede von der „zweiten Revolution“ ist abgeschlossen. Nicht jene Elemente, die es dauernd im Munde führten, sind zum Zuge gekommen, sondern die verantwortungsbewußten Staatsstreuer, aber auch wahrhaft nationalsozialistische Kräfte haben diese Revolution durchgeführt, und zwar

Das reinigende Gewitter

„Der Führer hat lange gewußt...“

Der Führer hat lange gewußt, wie es in manchen Köpfen und Stößen der SA-Führer ausstie. Er kannte diese Männer alle und wußte, was er ihnen zu danken hatte. Er war auch selber in einem so hohen Maße Soldat, daß er wußte: Soldatennaturen sind keine Betchwesern und Musterknaben, und diese Soldaten sind seit 1914 vom Krieg nicht mehr losgekommen, sie sind vom Schlitzengängen in die Freikorps gegangen, von da aus in die Gefängnisse, in die Verschwörung, auf die Straße und mitten hinein in den Terror des Kommunismus. Sie taten so Außerordentliches, daß die normalen Maße pensionsberechtigter Pfahlbürger bei ihnen nicht angewandt werden konnten. Mit Korrektheit und einem Biedermeierethos hätten sie keine Sturmkolonnen führen können.

Jetzt nach der Revolution begann gerade für diese Geachteten und Abseitigen das Schwerste. Sie mußten ihren Ausnahmestatus in den des Gesetzes verwandeln. Sie mußten ihr Größtes vollbringen: Treue im Warten, Gehorsam ohne Zweifel und soziales Vorbild für die Gemeinschaft. Sie haben versagt. Sie wurden zur schlimmsten Gefahr. Allen Ruhm ihres Kriegerturns spielten sie. Also mußten sie sterben.

Schwarz van Berk. (A. 2. 7. 34.)

Der erste große Fall politischer Korruption.

Es ist der erste Fall unerhörter politischer Korruption in den eigenen Reihen. Diese Korruption ist von da herkommen, woher politische Korruption immer kommt — vom Schmiergeld. Dieselben Leute, die früher als Freikorpsführer und SA-Führer an der Spitze der SA mehr als einmal sich zum nationalsozialistischen Gedanken bekannt haben, sind zu Verrätern geworden, weil sie den Luxus über die Einfachheit, das Laster über die Treue setzten. (Deutsche Zig., 2. 7. 34.)

Jetzt erst erfährt man...

Jetzt erst erfährt man, mit welcher Willkür sich einige der Verräter gegenüber dem Volke benommen haben und wie sie von ihrer Schamlosigkeit keinen Hehl machen, aber mit hysterischer Wut jede Kritik daran unterdrücken. 30 000 RM gibt ein einziger Sab

gegen die in Wahrheit ja nur kleinen Cliquen der Verschwörer, die in den schwersten Zeiten unseres Vaterlandes mit dem Feuer zeigten wollten! Diese zweite Revolution ist die logische Fortsetzung der deutschen Erhebung unter Führung Adolf Hitlers, die dem Volke ein neues Reich erkämpfen und erarbeiten will. Der Geist dieser Erhebung ist lebendig, er klingt mit unbedingter Klarheit aus den Grundgesetzen, die Adolf Hitler als Aufgaben für die gesäuberte SA aufgestellt hat.

(Lokal-Anzeiger, 1. 7. 34.)

Die Früchte wird das geeinte deutsche Volk ernten.

Was der Führer in diesen Tagen für die SA, und die Bewegung leistete, können nur diejenigen ermessen, die in dieser kurzen Zeit unerhörter Nervenanspannung und unglaublicher körperlicher Anstrengungen an seiner Seite standen. Wieder ist der Führer durch sein persönliches Beispiel der Bewegung ein leuchtendes Vorbild von Tapferkeit und Treue gewesen. Die Früchte dieser Säuberungsaktion wird das geeinte deutsche Volk ernten. (NSK., B.T., 1. 7. 34.)

im Monat für Festessen aus. Es grenzt an Wahnsinn!

Ausländische Mächte hatten die Hand im Spiel...

Ausländische Mächte hatten die Hand im Spiel neben erprobten Vertretern an der NSDAP und dunklen Kräften in der Reaktion, als deren Feind man sich immer und immer wieder aufspielte. Fürchterlich der Gedanke, daß ein Straßer und daß der von uns mit Leidenschaft bekämpfte Intrigant Schleicher in diese Verschwörung mit hineinspielen.

„Ein Flui Teufel über das Grab hinaus!“

Wie furchtbar es mit der Moral, Ehre und Treue steht, zeigt der Fall Schleicher. Gerade er war noch vor wenigen Tagen von Heß mit unerhörter Deutlichkeit gewarnt worden. „Revolutionen in Staaten mit komplizierten modernen Wirtschaften, an denen das Leben der Völker hängt, können nicht nach dem Muster der alljährlichen Revolutionen kleiner exotischer Republiken gemacht werden“, hatte Rudolf Heß mit aller Klarheit dem ehemaligen bolivianischen Oberstleutnant Röhm ins Stammbuch geschrieben. Röhm war anderer Ansicht. Nun hat das Wahngängis ihn gepackt. Gesetz den Fall, der Mann hätte sich von einer Revolte, wie er sie sich dachte, etwas für Deutschland versprochen. Gesetz den Fall, er wäre so wahnsinnig gewesen und hätte damit vor sich selbst einen Treubruch an dem Führer, der sich so überaus edel ihm gegenüber benommen hatte, motiviert. Dann stehen wir alten Soldaten und Kämpfer Adolf Hitlers noch immer vor der beschämenden Tatsache, daß dieser Mensch so treulos und charakterschwach war, daß er, als das Spiel verloren war, auch noch seinen Kameraden die Treue nicht hielt. Sieben Männer, von ihm verführt und zum Verrat überredet, wurden erschossen, als Sühne für das Verbrechen, dessen geistiger Urheber Röhm war. Und dieser Mensch bringt nicht den Charakter und die Konsequenz auf, um das letzte Anstandsgefühl seinen toten Kameraden gegenüber zu beweisen, er macht nicht von der Waffe Gebrauch, die man ihm als letzte Konzession für frühere Verdienste im Zinner läßt. Ein Flui-Teufel über das Grab hinaus! Die letzte menschliche Regung ging uns hierbei verloren. (Karl Busch, D.D., 3. 7. 34.)

Das reinigende Gewitter.

Die Millionenmassen unserer Parteigenossen, SS- und SA-Männer, begrüßen dieses reinigende Gewitter. Wie von einem Alptruck befreit, atmet die ganze Nation wieder auf. Sie hat erneut gesehen, daß der Führer eingeschlossen ist, keine Gnade walten zu lassen, wenn das Prinzip des Anstandes, der Einfachheit und der öffentlichen Sauberkeit angestastet wird, und daß die Strafe um so härter ist, je höher der steht, den sie trifft.

(Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk. V.B., 1. 7. 34.)

Wer hat das brüllend elegante Stabsquartier finanziert?

Schon heute muß mit aller Nüchternheit festgestellt werden, daß die wilden Ideen dieser alkoholisierten und im Luxus ertrunkenen Menschen zielbewußt eingesetzt worden sind von Kreisen, die genau wußten, was sie wollten, es sind dieselben Kreise, die Gelder über Geld gerade in die ehemalige Oberste SA-Führung hineingepumpt haben. Schon heute muß die Frage sofort aufgeworfen werden, wer das brüllend elegante Stabsquartier der SA-Führung in Berlin finanziert hat. Es muß die Frage aufgeworfen werden, wie es möglich war, daß in die SA-Leute hineinkamen, auf Führerposten berufen wurden und über alle hinwegwankten, die nichts anderes als reich, geldgierig, ja zum großen Teil geradezu Beauftragte gewisser Konzerne gewesen sind. Die Eiterbeule wird ganz geöffnet werden und die finanziellen Hintergründe aufgedeckt werden.

(Deutsche Zeitung, 2. 7. 34.)

Verschwendete Dienstgelder haben eine große Rolle gespielt.

Verschwendete Dienstgelder, durchgebrachte Beschaffungsgelder haben eine große Rolle

DIE PROBLEME UNSERER ZEIT

umfassend darzustellen, zu verdeutlichen und den Verdiensten des Lesers sehr zu bringen, das ist die Aufgabe der Sonderhefte

Click in die Zeit

Schriften zur Zeitgeschichte

Nummer 1:

BÜRGERKRIEG IN ÖSTERREICH

falschen Dokumente
Berichte

3. Aufl., 25.—35. Tausend

Nummer 2:

ABRÜSTUNG, AUFRÜSTUNG UND INTERNATIONALE RÜSTUNGSINDUSTRIE

2. Aufl., 16.—30. Tausend

Nummer 3: (In Vorbereitung)

ENTZAUBERTER KAPITALISMUS

7 Millionen suchen ihren Weg aus der Wirtschaftskrise

Jedes Heft 48 Seiten stark, RM 0,25

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder, falls dort nicht vorrätig, unmittelbar bei

Dr. A. RISTOW, Zeitschriften-Verlag
Berlin-Halensee, Johann-Georg-Str. 3

gespielt — aber woher kommen die Verbindungen von Röhm zu Schleicher, woher die Verbindungen noch zu einem anderen großen reaktionären Kreis? Salons, in denen die früheren SA-Führer aus Nationalsozialisten zu Verriatern gemacht wurden, die Zahlungen, die ihnen zugegangen sein müssen — alles das muß gadelos ausgeräumt werden.

(Deutsche Zeitung, 2. 7. 34.)

Jede Familie hat auch ungeratene Kinder.

Wir Nationalsozialisten sind eine große deutsche Familie. Jede Familie hat auch ungeratene Kinder.

Meine Parteigenossen und Volksgenossen, ich bin weit entfernt von einem Vollkommenheitsstandpunkt für alle Nationalsozialisten. Eine Millionengeneration mit nur vollkommenen Führern ist undenkbar auf dieser Welt. Daraus ergibt sich natürlich auch, daß an den Maßnahmen mancher Unterführer Kritik nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig sein kann. Es darf keiner, der berechtigte Kritik an zuständiger Stelle vorbringt, im übrigen aber zur Bewegung gehört und seine Arbeit für die Bewegung geleistet hat, deswegen in irgendeiner Form benachteiligt werden.

(Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß. Der Deutsche, 27. 6. 34.)

Noch einmal sei es allen gesagt.

Jede Hand, die sich uns entgegenstreckt, soll unsere Freundeshand empfangen. Jede gehaltene Faust, die gegen den Führer und sein Regime erhoben wird, soll aufgebrochen werden, wenn nötig, mit Gewalt. Wir wünschen die Mitarbeit des ganzen Volkes, von arm und reich, von hoch und niedrig; wer aber den Führer und die Nation in der Arbeit für Deutschlands Zukunft zu stören versucht, der wird zu Boden geschlagen. Und Pesubelken, Korruptionsherde, Krankheitssymptome moralischer Verwilderung, die sich im öffentlichen Leben zeigen, werden ausgetrieben, und zwar bis aufs Fleisch.

(Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

„Nationalsozialistischer Geist ist längst ein Begriff für sich geworden...“

In allen unseren Lebensäußerungen zeige sich — das ist die Forderung von uns wahren Revolutionären — ein neuer, uns und unserer Zeit angepaßter Stil. Wir dürfen nicht überholte Anschauungen einer vergangenen Epoche nachzuffinden suchen. Ebensovien dürfen wir jeden neuen Irrsinn eines Hysterikers für das Produkt der nationalsozialistischen Zeit ansehen. Nationalsozialistischer Geist ist längst ein Begriff für sich geworden, der die rechte Form von selbst in sich schließt.

(Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß. Der Deutsche, 27. 6. 34.)

Das Volk muß wissen, daß es uns ernst ist.

Eines steht aber fest: Der nationalsozialistische Staat steht über allem. Wir werden diese Gelegenheit des Säubernehmens nicht vorübergehen lassen, ohne nun einmal rückhaltlos und rücksichtslos die Dinge in Ordnung zu bringen, die in falsch verstandener Milde und Bescheidenheit vergessen worden sind. Aus dieser Aktion muß hervorgehen ein sauberer, gefestigter Staat. Das Volk muß wissen, daß es uns ernst mit der These ist, alles für das Volk zu tun. Das Volk soll erkennen, daß ein bitteres und scharfes Gericht mit denen abgehalten wird, die sich an ihm vergründigt haben und ihre Macht mißbrauchten, um das Volk zu bedrücken.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Die deutsche Presse zur Röhm-Revolte

Um das Vertrauen des Volkes.

Als kurz nach der Machtübernahme der aus der Schlechterregierung übernommene Gerede wegen seiner Korruptionsaffären sorzusagen aus dem neuen Kabinett heraus verhaftet wurde, wuchs das Vertrauen des Volkes zum Führer sofort, weil es erkannte, daß er sich, auch gegen diejenigen wendet, die aus den eigenen Reihen heraus Staat und Partei kompromittierten. Eine ähnliche, nur außerordentlich vergrößerte und darum auch in ihren Auswirkungen um so traurigere Strafaktion hat jetzt begonnen, an deren Ende die resolute Reinigung von Staat, SA, und Partei stehen wird. Wir können uns darauf verlassen, daß diese Strafaktion erst recht das deutsche Volk beruhigen und mit blindem Vertrauen zum Führer erfüllen wird.

(Rheinisch-Westfälische Zeitung, 1. 7. 34.)

Der Alp auf der Seele des Volkes.

Wir machen uns nur zum Dolmetscher der Empfindungen aller derjenigen, denen in diesen Wochen außerpolitischen Hochspannung das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt, wenn wir sagen, daß das Treiben dieser Elemente unserem Volke wie ein Alp auf der Seele gelastet hat, ohne daß der einzelne die Konspiration und ihre Umtriebe mit reaktionären Kreisen kannte.

(Germania, 1. 7. 34.)

Ungeheuerlich...

Daß die politische Reaktion aktiv geworden war, wußte man seit der Marburger Rede des Herrn von Papen, die, um das deutsche Volk nicht aufzuregen, in der deutschen Presse nicht zur Veröffentlichung gelangt war. Daß, wenn irgendwo im Trüben gefischt wird, der General von Schleicher mit von der Partie sein mußte, wird niemanden wundern. Ungeheuerlich ist allerdings, daß die politische Reaktion sich bereits an eine auswärtige Macht gewandt hat, um mit ihrer Hilfe sich in den Sattel zu setzen und Hitler zu stürzen.

(National-Zeitung Essen, 1. 7. 34.)

Röhms Mahnruf.

Die selbstbewußten Abschiedsworte, mit denen der frühere Subchef Röhm vor Antritt seines Erholungsurlaubes erklärte, nach den Sommerferien der SA zurückzukehren und seine Geschäfte weiterzuführen, klangen wie ein Mahnruf. Jetzt hat Reichskanzler Hitler, der seinen alten Freunden und Kampfgossen in großer Heftigkeit anhängt, diesem Treiben, das sich nach außen hin als Vorbereitung der „zweiten Revolution“ aufspielte, ein Ende bereitet. Die große Hemmung, die den deutschen Eltern die Teilnahme ihrer Söhne an der SA. bereitet, ist damit beseitigt.

(Kölnische Zeitung, 1. 7. 34.)

Wieder einmal ist es Hermann Göring...

Wieder einmal ist es Hermann Göring, der gemäß dem Auftrag des Führers das Steuer-rud des Staatsschiffes in Preußen und Norddeutschland fest in die Hand nimmt. Ebenso wie er damals den Marxismus und Kommunismus mit wenigen aber harten Schlägen vernichtete, so hat er auch diesmal wieder in vorbildlicher und unwandelbarer Treue zum Führer und zum Volk gegen rabiate Elemente und gegen die Reaktion zu ver-nichtenden Schlägen ausgeholt, die getroffen haben. Wieder ist Hermann Göring im entscheidenden Augenblick zum treuen Hüter von Partei und Staat geworden und in ihm verkörpert sich die Jugendkraft der Bewegung, die imstande ist, jederzeit, wann

es der Führer wünscht, sich von kranken und asozialen Elementen zu säubern, die brutal ausgemerzt werden müssen. Das deutsche Volk hat allen Grund seinem Führer und Hermann Göring für diese entscheidenden Schritte dankbar zu sein.

(Deutsche Zeitung, 1. 7. 34.)

„Für keinen Patrioten Grund zur Beunruhigung.“

Eine entschlossene Staatsführung hat mit verblüffender Sicherheit im rechten Augenblick zugeschlagen und dafür gesorgt, daß für keinen Patrioten Grund zur Beunruhigung besteht. Es sind Verhaftungen erfolgt und Schuld ist durch Sühne ausgelöscht. Adolf Hitler hat durch sein persönliches Eingreifen eine Gefahr abgewendet, die Partei und Bewegung, damit Volk und Reich bedrohte. Die Aktion, die der preussische Ministerpräsident Göring auf Befehl des Führers durchführte, ist eine Aktion der unerbittlichen Schärfe, wie sie der Größe der Gefahr entsprach. Vom Vertrauen des Führers getragener, hat Göring sich seiner Aufgabe mit soldatischer Treue und festem Willen unterzogen.

Die Revolte ist im Keim zerstückt und der Weg in eine saubere Zukunft ist frei.

(Deutsche Allgemeine Zeitung, 1. 7. 34.)

Dieser Schlag hat gewirkt...

Dieser Schlag hat gewirkt. Er ist genau im richtigen Augenblick geführt worden; und die öffentlichen Gewalten sind überall Herr der Lage. Wir verstehen, daß der Entschluß zu einem rückhaltlosen Vorgehen gegen Männer von Verdienst und Namen dem Reichskanzler und seinen treuen Mitarbeitern nicht leicht fallen konnte. Aber das ganze Volk wird ihnen Dank dafür wissen, daß sie diesen schweren Schritt ohne Zaudern taten, als er nötig geworden war. Es wird ihnen auch dafür danken, daß sich ihre Maßnahmen und ihre Kundgebungen nicht nur im Dienste der Sicherheit vollzogen haben, sondern zugleich mit dem Ziel, dem deutschen Volke die Gewähr dafür zu geben, daß die Führung nicht nur an der obersten Stelle, sondern ebenso in allen nachgeordneten Ämtern auf den Geboten der Treue, der Ehre und der Reinheit aufgebaut ist. (Berliner Tageblatt, 1. 7. 34.)

„Fürchtbare Exempel.“

Für Verstöße gegen die politische und menschliche Sauberkeit im Dritten Reich hat der 30. Juni fürchtbare Exempel statuiert. Es kann nicht ausbleiben, daß die Folgen dieses reinigenden Gewitters unaus-tigbar sind.

(Berliner Börsen-Zeitung, 1. 7. 34.)

„Das deutsche Volk wird überrascht sein.“

Das deutsche Volk wird überrascht sein von der Schwere der Verfehlungen, die hier schonungslos aufgedeckt und sofort geahndet wurden, es wird mit tiefster Anteilnahme des Führers und seiner Getreuen gedenken, deren Vertrauen so schamlos mißbraucht wurde.

(Lokal-Anzeiger, 1. 7. 34.)

„Mögen die Ereignisse viele alte Parteigenossen im tiefsten Herzen herüber...“

Mögen die Ereignisse viele alte Parteigenossen im tiefsten Herzen noch so sehr betrüben, sie wissen sich darum doch mit dem Führer eins in dem Wunsche und Willen, ein sauberes und ein wahrhaft nationalsozialistisches Deutschland aufzubauen.

(National-Zeitung, Essen, 1. 7. 34.)

Blick in Bücher und Zeitschriften

Nationalsozialismus u. Sozialismus

Reichsminister Dr. Joseph Goebbels: *Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse*. (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 1.) Junfer und Dinn-haus, Verlag, Berlin.

Eine Revolution darf keine Kompromisse schließen.

„Der Faschismus ist uns zehn Jahre voran, nicht abseits, denn in den zwölf Jahren unserer Opposition haben wir manches schon getan, was er erst nach Übernahme der Macht tun mußte. Aber er hat Zeit gehabt, zehn Jahre lang in den Staat hineinzuwachsen. Das müssen wir nachholen. Nicht alles ist für uns verwendbar, was er geschaffen hat. Gleich aber ist der Geist, in dem es getan wird, der Impuls, der über allem steht, der Wille, der alles

antreibt, und der Motor, der alles in Bewegung setzt. Ausschlaggebend ist, daß es uns gelingt, die Jugend an die Führung dieses Staates heranzubringen, denn das Alter mag vielleicht der Jugend überlegen sein — ich weiß nicht, worin. Die Jugend aber hat immer recht. Denn die Jugend sieht die Dinge unverbildet, ohne innere Hemmungen. Sie setzt nicht hinter jedes Ja und jedes Nein ein Aber oder Zwar. Sie sagt: „Ja“, und sie sagt: „Nein“. Es kann dem Staat nichts schaden, wenn er von der Jugend geführt wird. Napoleon hat einmal gesagt: „Ich wünsche mir junge Generale und alte Majore.“ Was den jungen Generalen an Technik und Routine fehlt, das sollen dann eben die alten Majore hinzubringen. Die Jugend aber ist dazu berufen, dem Staat den Geist zu geben und ihren Stempel aufzudrücken

Was wir weiter vom Faschismus lernen müssen: eine Revolution darf keine Kompromisse schließen! Eine Revolution ist entweder eine Revolution, oder sie ist nicht! Eine Revolution hat die historische Pflicht, ganze Sache zu machen und dabei nicht sentimentale Hemmungen zu verspüren. Es liegt im Wesen, im Zug einer revolutionären Entwicklung, daß vieles beseitigt werden muß. Wenn alte Formen nicht sterben können, dann muß man das, was da fällt, auch noch stoßen. Denn die Formen zu zerbrechen, sondern Formen sind dazu, die Völker Gemut zu geben. Keine Kompromisse! Das heißt, man hat die Macht entweder ganz, oder man hat sie gar nicht. Wenn die Jugend an die Führung des Staates kommt, dann muß sie arbeiten mehr arbeiten als die Alten. Sie darf niemals müde werden und muß dem ganzen Staat ihr Tempo aufdrücken. Es wird viel zu langsam gearbeitet in den Regierungen. Man muß die Dinge anzupacken wagen und auch einmal den Mut haben, die Schranken der Bürokratie zu überschreiten! Was getan wird das muß für das Volk und mit dem Volk getan sein. Und niemals darf sich ein revolutionäres Regiment im Gegensatz zu ihm befinden. Man rede mir nicht ein, daß man dem Volk Unpopuläres nicht klarmachen könne. Sehr wohl kann man das! Man muß nur die Gabe haben, mit dem Volke zu reden. Das Volk ist nicht so unvernünftig wie diejenigen, die das Volk unvernünftig schelten. Das Volk weiß, was es will, und es weiß auch, was möglich und was unmöglich ist. Man muß dem Volke nur inneren Anteil an den Dingen geben, und es wird dann auch den Mut aufbringen. Unpopuläres zu ertragen, weil es ihm dann notwendig erscheint. Ein Volk kann am Ende alles, wenn es will, und wenn es Führer hat, die ihm diesen Willen eingeben, vor allem ein Volk vom Rang wie das deutsche.“

Der 30. Juni — ein Fanal.

Der 30. Juni 1934 ist für uns ein Fanal. Über ihm leuchtet der Name des Führers. (Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Wiederherstellung der Grundsätze von Site, Anstand und Ehre.

Wenn aus der Niederschlagung der Revolte das deutsche Volk das beruhigende Bewußtsein geschöpft hat, eine starke Führung zu besitzen, so ist politisch und menschlich lobbar zu bewerten das Bewußtsein des Besitzes der moralischen Führung. Eine Revolte ist niedergeschlagen. Das ist für uns schon mit Rücksicht auf unsere Lage in der Welt wichtig, aber es ist nicht alles. Alles aber ist die Wiederherstellung der Grundsätze von Site, Anstand und Ehre überall dort, wo diese Grundsätze Schaden gelitten haben. (D.A.Z., 2. 7. 34.)

„Dafür dankt ihm das neue Deutschland.“

Adolf Hitler hat uns und der Welt von neuem gezeigt, daß es in Stunden der letzten mündlichen Erfordernisse nichts zu verbergen und nichts zu schonen gibt. Dafür dankt ihm das neue Deutschland. Geschlossener denn je, steht es hinter einer Führung, die berufen ist, die blutenden Wunden unseres Volkes zu heilen, die aber, wie in diesen Stunden, auch Mann genug ist, Feinde und Frevler zum Besten unseres Volkes zu vernichten. (Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Das Volk verdient Offenheit.

Mit schonungsloser Offenheit hat der Führer, haben mit ihm die verantwortlichen Männer den Fall des Staatschefs Röhm und eines Klüngels vor dem deutschen Volk enthüllt. Aber das Volk, das heute in seiner Gesamtheit treu zu Hitler steht, verdient diese Offenheit, und es sieht in den treuen Vorfällen die schmachvolle Engstirnigkeit einzelner Unwürdiger, die die ganze Härte staatlicher Gerechtigkeit treffen wird. Es darf wohl offen ausgesprochen werden, daß den Führer die widrigen Ereignisse menschlich hart getroffen haben, aber sein energisches Durchgreifen beweis, daß er über alles das Wohl des Volkes und die Reinheit der Idee stellt. (Rhein-Westfälische Zeitung, 1. 7. 34.)

„Das Gewitter ist vorüber.“

Das Gewitter ist vorüber, glückliche Luft, die die Menschen jetzt in sich aufnehmen, weht durch das Land. Welchen Eindruck muß dieser Vorgang auf das Ausland machen! Welcher Staatsführer in der Welt hat solche physische Macht und solchen persönlichen Mut, aber auch so viel Vertrauen im Volke, auf das er im Augenblick der Gefahr bauen kann, hinter sich, daß er wie Hitler es getan hat, persön-

lich der dem jungen Reiche drohenden Gefahr entgegengetreten, ohne auch nur einen Augenblick über den guten Ausgang des Unternehmens unsicher zu sein!

(Berliner Börsen-Zeitung, 1. 7. 34.)

Wir werden uns damit abfinden müssen... Wir werden uns damit abfinden müssen, daß in den nächsten Tagen das Ausland diese Linie der Entwicklung in Deutschland noch nicht ganz versteht. Sie liegt dem demokratischen Denken völlig fern, auch allen bisherigen Vorstellungen über das Gegenteil des demokratischen Regimes, das man draußen nur in der Form der Diktatur kennt. Die Zeitungen jenseits der Grenze haben zunächst maßlos übertrieben; sie müssen jetzt langsam zu der Wahrheit zurückfinden, daß Deutschland vollständig ruhig ist. (Der Montag, 2. 7. 34.)

„Ein abgeschlossener Zwischenfall.“

Die Aktion ist beendet. Die Ruhe, die das deutsche Volk zu seinem Aufbauwerk braucht, ist durch diese Aktion gewährleistet, und es ist nicht die geringste Veranlassung gegeben, irgendwelche Zeichen von Nervosität zu zeigen. Der deutsche Volksgenosse hilft seinem Vaterlande und sich selbst am allerbesten, wenn er im Vertrauen auf den Führer und die ihm treu ergebenen Männer die ganze Angelegenheit ansieht als das, was sie ist, ein bedauerlicher, aber bereits jetzt völlig abgeschlossener Zwischenfall. (D.Z., 1. 7. 34.)

Nach Schluß der Redaktion werden noch folgende Nachrichten bekannt: Gewalttaten werden nimmermehr durch die normale Justiz abgeurteilt.

Der Führer hat folgende Anordnung erlassen: Die Maßnahmen zur Niederschlagung der Röhm-Revolution sind am 1. Juli 1934 nachts abgeschlossen worden. Wer sich auf eigene Faust, gleich aus welcher Absicht, in Verfolg dieser Aktion einer Gewalttat zuschulden kommen läßt, wird der normalen Justiz zur Verurteilung übergeben. Adolf Hitler.

Gesetz über Staatsnotwehr.

Das Reichskabinett genehmigte ein Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr, dessen einziger Artikel lautet:

„Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.“

Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner erklärte hierzu, daß die vor dem unmittelbaren Ausbruch einer landesverräterischen Aktion ergriffenen Notmaßnahmen nicht nur als Recht, sondern auch als staatsmännische Pflicht zu gelten haben. (D.N.B., D.A.Z., 4. 7. 34.)

Und für den Sonntag die

KURZE PAUSE! Nr. 27 bringt Ihnen:

Kurzgeschichten:

Kumpels. Von Karl von Clement.
Ungefähliches China. Von Colin Roß.
Spanisches Intermezzo. Von German Gerhold.

Gaza und Vinea. Von Kilian Plunpns.

Den spannenden Jack-London-Roman:

„Unter der weißen Grenze.“

Unterhaltsames und Belachendes für die

Hausfrau:

Ferien ohne Reise. Von Maria Kirchgeßner.

Es gibt wieder grüne Bohnen.

Häusliche Schularbeit.

Achtung, die Flieger kommen!

Schreibe mir, schreibe ich dir.

Die interessante Kinder-Pause:

Jan Is wird überfallen.

Ein Windrad aus einem Fahrrad.

Hokus-Pokus — Heckmeck.

Wissenswertes für Jedermann:

Etwas für Rundfunkbastler: Wir spielen

Schallplatten durch den Volksempfänger.

Kleine Geschichten.

Tagebuch der Forschung.

60 Zeilen Rechtsanruf.

Allerlei Kurzwelt.

Denkpost, Kreuzwörterrätsel, Schach- und

Statufragen, gute Anekdoten und Witze,

Humor im Bild u. a. m.

* „Kurze Pause“ Beilage von „Blick in die Zeit“ — Mehrpreis 0,05 RM.

Die zunächst für den 2. Juli vorgesehene Eröffnungssitzung des Volksgerechtigsten im Preußenhaus in Berlin wird voraussichtlich erst am 16. Juli stattfinden. (V.B.)

Die von der Deutschen Arbeitsfront für den Juli angesetzten Kundgebungen fallen nicht unter den Rednerurlaub, den Reichsminister Dr. Goebbels für den Monat Juli angeordnet hat. (B.B.Z.)

Die Reichsregierung und die NSDAP. beabsichtigen eine planmäßige Neuordnung des Sammelwesens, die eine erhebliche Einschränkung der Sammelstätigkeit nicht nur auf den Straßen, sondern auch der Haus-sammlungen vorsehen soll. Die Berechtigung zum Sammeln soll künftig nur noch wenigen Organisationen gegeben werden. (B.T.)

Das am 10. Juni vom Stapel gelaufene Panzerschiff C wurde „Admiral Graf Spee“ getauft. (R.W.Z.)

Aus der Breslauer Stadtverwaltung sind insgesamt 750 Beamte, Angestellte und Arbeiter wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen worden. In 60 Fällen mußten Disziplinarstrafen verhängt werden, weil Fragebogen über Abstammung und Parteizugehörigkeit falsch ausgefüllt wurden. (N.)

Im „Ärztblatt für Bayern“ wendet sich der Amtsleiter der organisierten Ärzteschaft Mittelfrankens dagegen, daß in letzter Zeit die Inanspruchnahme jüdischer Ärzte zunehme. Wenn die zugelassenen jüdischen Ärzte auch gesetzlich die gleichen Berufsrechte hätten wie deutschstämmige Ärzte, so liege doch darin keine gesetzliche Verpflichtung, zum jüdischen Arzt zu gehen. (F.Z.)

Nach einem Bericht der „Hohen Kommission für politische Emigranten“ betrug die Zahl der Emigranten aus Deutschland bis Ende April 62 400. Diese verteilen sich auf folgende Länder: Frankreich 21 000, Palästina 10 000, Polen 8000, Tschechoslowakei 3500, Holland 2500, England 2000, Belgien 2300, Schweiz 2500, Skandinavien 2500, Österreich 800, Saar und Luxemburg 1000, Spanien 1000, Italien 800, Amerika 2500 und übrige Länder 2000. (R.W.Z.)

In den Regierungsbereichen Düsseldorf und Arnberg finden bis auf weiteres keine Versammlungen, Kundgebungen, Mitgliederappelle und Vereidigungsakte des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) statt. Durch diese Maßnahme soll eine weitere Zuspitzung der örtlichen Schwierigkeiten vermieden werden, bis eine Gesamtlösung durch die oberste Zentralstelle getroffen ist. — Die Ortsgruppe Mainz-Kastel des NSDFB. (Stahlhelm) ist aufgelöst und verboten worden. — Der Dönnitzer Bürgermeister hat das Tragen von Stahlhelmuniformen und -abzeichen sowie das Zeigen von Stahlhelmflaggen verboten. Außerdem hat er untersagt, an Personen, die solche Abzeichen oder Teile von ihnen tragen, Alkohol auszuschenken. Diese Maßnahme sei auf freche Provokationen durch uniformierte Angehörige des NSDFB. (Stahlhelm) zurückzuführen. (A., F.Z., G.)

„Sorgen des Herrn Knickerbocker“ „Kommt Krieg in Europa?“

Durch Europa rast in einem Zwölfsylinder mit Schwingachsen Herr H. R. Knickerbocker mit seinem Sekretär und zwei Stenotypistinnen. Die Kufenläufer streben den schwarzen Wolkenwänden zu, die den europäischen Horizont verdüstern; beschleunigt wird das Tempo von der quälenden Sorge im Herzen: „Kommt Krieg in Europa?“

In einem Buche hat er uns seine Bedenken zu dieser Frage niedergelegt. Um gleich auf den Kernpunkt der Frage einzugehen: er hat sie nicht gelöst, obwohl er in Prag bei Masaryk, am Ballhausplatz bei Dr. Dollfuß, bei Mussolini, König Boris, Zogu, Jofflich usw. vorgesprochen hatte. Knickerbocker macht nicht einmal den Versuch, die Wolken mit seinem amerikanischen Reportertrage zu durchdringen; im Gegenteil, er schiebt sie gegen den Zenith der alten Welt und läßt vor ihnen weiterleuchten.

Die „dräuende Gefahr“.

„Ladys and Gentlemen! Kommt Krieg in Europa?“ Das Schwert des Kriegsgottes hängt über unserem Erdteil an einem soliden Seil und an keinem Rohhaar, wie Knickerbocker zu unken beliebt. Doch die Frage ist er seinen amerikanischen Lesern schuldig, die sich gerne für ihr Geld über-gesellen lassen. Das dieses Buch in einigen Sprachen erscheinen soll, ist es auch in einem gewissen internationalen Stil gehalten und emsig „Material“ zusammengetragen, welches Deutschland allein die Verantwortung für den Frieden aufbürdet. Das ewigwährende Reich ist nach Knickerbocker die eigentliche „dräuende Gefahr“, die „Gefahrlosigkeit“ mit der das deutsche Volk hinter seinem Führer steht, eine der Hauptursachen der Unruhe in den hochgerüsteten Staaten. Er „achtet“ zwar die Friedensversicherungen Adolf Hitlers, doch er stellt diesen die Ansichten einiger Politiker entgegen, die für ihre Bombenflugzeuggeschwindigkeit, Tankbrigaden und auf Deck liegende Kriegsschiffe plädieren und der „Prosperity“ ihrer Rüstungsindustrie einen tieferen Sinn zu geben versuchen, um vor dem eigenen Volke das hohe Heeresbudget rechtfertigen zu können.

Deutschland, immer wieder Deutschland.

Deutschland, immer wieder Deutschland. Deutschland hat für seine Industrie zu wenig Eisen. Also wirft es seinen Blick auf den österreichischen Erzberg. Dort liegt das Material zur Herstellung von Kanonen, Gewehren und all den anderen Dingen, welche die um das Reich gelagerten Staaten „ge-fährden“. Über das zu erobernde Österreich geht der nächste Schritt via Ungarn nach Rumänien. Naphtha! Zum Kriegführen braucht man nämlich auch diesen Rohstoff. Lauter erschwerende Umstände für — Deutschland. Von der Friedlosigkeit sämtlicher Staatsoberhäupter Europas ist Knickerbocker überzeugt, nur hinter jene Adolf Hitlers setzt er ein Fragezeichen, das dem Titel seines Buches erst seinen Reiz gibt.

Eine amerikanische Naivität.

Es ist eine amerikanische Naivität, die europäischen Probleme mit 178 Druckseiten „erschöpfend“ behandeln zu wollen. Knicker-

bocker hat es getan. Im geschmackvollen Magazinstil. Spritzig geschrieben. Für „Ladys and Gentlemen“, die in Miami gelangweilt in Strandkörben liegen und ein wenig politisieren, da es noch zu früh zum Fünftürnen und etwas zu spät zum Wellenreiten ist. Für die ist Knickerbocker ein großer Mann, da er auf seinem Trip in Europa nicht nur die Lokale am Montmartre, sondern auch die verschiedenen Minister besuchte.

Und in Miami ist Hitler nicht sonderlich beliebt. Wonach sich H. R. Knickerbocker gerichtet, als er „Kommt Krieg in Europa?“ geschrieben.

(Angriff, 23. 6. 34.)

Hochverratsverfahren gegen Thälmann

Neuer Heufeldzug im Ausland.

Die in Kurzem bevorstehende Eröffnung des auf Grund des Gesetzes vom 24. April d. J. errichteten Volksgerechtigsten sowie die in demselben Gesetz vorgesehene Verschärfung der Strafen für Hoch- und Landesverrat hat im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Prozeß gegen den Kommunistenführer Thälmann den jüdisch-marxistischen Kreisen im Ausland Anlaß zu einem neuen Heufeldzug gegen das nationalsozialistische Deutschland gegeben. Genau wie seinerzeit vor Beginn des Reichstagsbrandprozesses werden „Ausschüsse“ gebildet, die im Namen des „Weltgewissens“ sich schützend vor den bezahlten Agenten der Kommunistischen Internationale stellen.

(Deutsche Zeitung, 29. 6. 34.)

Der Oberreichsanwalt äußert sich.

„Um die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt unterrichten zu können, hat sich die Schriftleitung der „Berliner Börsen-Zeitung“ an den Herrn Oberreichsanwalt mit der Bitte gewandt, einem ihrer Mitarbeiter eine Unterredung zu gewähren. Der Herr Oberreichsanwalt hat dieser Bitte entsprochen.“

Was wird Thälmann vorgeworfen?

„Auf die Frage unseres (B.B.Z.) Mitarbeiters, was Thälmann vorgeworfen werde, und wie das Verfahren gegen ihn stehe, erwiderte der Oberreichsanwalt, daß bei ihm gegen Thälmann schon seit Jahren umfangreiches Material vorliege, aus dem sich der Verdacht der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens ergebe... Die Voruntersuchung liege zur Zeit in der Hand des Untersuchungsrichters des Reichspräsidenten in Berlin und werde geführt wegen der Beschuldigung der Vorbereitung des Hochverrats, insbesondere auch der öffentlichen Aufforderung zur Ausführung eines hochverräterischen Unternehmens.“

Welche Strafe hat er zu erwarten?

„Die Frage unseres Mitarbeiters, welche Strafe Thälmann zu erwarten habe, und insbesondere die Meldungen eines Teils der in- und ausländischen Presse zutreffend, daß mit einem Todesurteil zu rechnen sei, beantwortete der Oberreichsanwalt dahin, daß die Straftaten, die der Antrag auf gerichtliche Voruntersuchung Thälmann zur Last

durch die Politik

lege, nach den gesetzlichen Bestimmungen mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Wann findet die Verhandlung statt?

„Der Oberreichsanwalt äußerte sich auf Befragen über Zeit und Ort der Verhandlung, sowie über das zur Anwendung gelangende Verfahren dahin, daß die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof stattfinden werde, der im Juli d. J. in Berlin errichtet würde. Über den Zeitpunkt der Hauptverhandlung könne noch nichts gesagt werden, da die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen sei.“

Das Verfahren vor dem Volksgerichtshof.

„Das Verfahren vor dem Volksgerichtshof entspreche dem Verfahren, das in der Strafprozeßordnung und im Gerichtsverfassungsgesetz für die Verfahren vor dem Reichsgericht in erster Instanz geregelt sei. Die Hauptverhandlung werde deshalb grundsätzlich in voller Öffentlichkeit stattfinden, so nicht etwa, was sich zur Zeit noch nicht überschauen lasse, für einzelne Teile wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit durch Beschluß des Gerichts die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde. Nach dem Gesetz vom 24. April 1934 bedürfe die Wahl des Verteidigers der Genehmigung durch den Vorsitzenden des Gerichts. Es müsse indessen gegenüber heterisierenden Äußerungen eines Teiles der Auslandspresse mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß nach dem in der ganzen Welt bekannten Auftreten der Verteidiger im Reichsgerichtsbrandprozeß nur noch böswillige Verleumdungen der Behauptung aufstellen könnten, daß Mitglieder der deutschen Rechtsanwaltschaft in politischen Prozessen gehindert seien, die ihnen anvertrauten Verteidigungen völlig frei und unabhängig zu führen und dabei ausschließlich ihrer rechtlichen Überzeugung und ihrem Gewissen zu folgen.“

(Berliner Börsen-Zeitung, 27. 6. 34.)

„Das Volksgericht wird die gegenwärtige Hetze Lügen strafen.“

„Die gegnerische Propaganda über das Revolutionstribunal, das geschaffen ist, um Thälmann zum Tode zu verurteilen, ist damit gegenstandslos.“

Vom rechtlichen Standpunkt aus ist ferner zu dem Fall Thälmann zu sagen, daß im Rahmen eines Strafverfahrens natürlich nicht über die gesamte politische Tätigkeit eines Mannes gerurteilt werden kann. Es können nur einzelne juristisch faßbare Tatbestände, soweit sie nicht durch die zahlreichen politischen Amnestien der Nachkriegszeit für straflos erklärt sind, zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht werden.

In der Justizpropaganda, so wie sie uns heute wieder entgegenstrahlt, aber liegt System. Man stellt den Fall Thälmann in der Öffentlichkeit falsch dar, um hinterher sagen zu können: Wir haben Thälmann gerettet, wie wir Dimitroff gerettet haben. Wir deutschen Juristen wenden uns gegen solche Propaganda, die keine sachliche Kritik mehr ist, sondern politische Zweckerei. Wie die sachliche Rechtsausübung des Reichsgerichts im Reichsgerichtsbrandprozeß die internationale Hetze beschämt hat, so wird auch

das Volksgericht die gegenwärtige Hetze Lügen strafen.“

Rechtsanwalt Prof. Dr. G r i m m, Essen.
(Berliner Börsen-Zeitung, 28. 6. 34.)

„Konzeptionslose Rassegesetzgebung“

Auf einer Gausagung des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen des Oberlandesgerichtsbezirks Naumburg führte Reichsjustizkommissar Dr. Frank u. a. aus: Das nationalsozialistische Recht kann nur von nationalsozialistischen Kämpfern gestaltet werden. Das deutsche Recht wird das Recht einer ehrenhaften, stolzen und vor allem einer aller Sklaverei völlig abhold gewordenen freien Nation sein. Deshalb erheben wir auch vor der ganzen Welt den Anspruch darauf, unsere Rassegesetzgebung zu durchzuführen, wie wir es für Deutschland notwendig halten. Wir verbieten uns, daß irgend welche ausländischen Kreise sich in die Entwicklung der deutschen Verfassungsgesetzgebung einmengen. Wir meinen uns nicht ein in die Verfassungsrechtslage anderer Länder und verlangen deshalb, daß man uns unsere deutsche Verfassung so ausbauen läßt, wie wir es für gut und nötig befinden.

Der künftige Volksrichter muß ein Richter sein. Denn er hat die Entscheidung über Leben und Tod, und es geht nicht an, daß eine solche Entscheidungsmacht in die Hände von Fremdrassen gelegt wird. Darum werden wir auch unsere Rassegesetzgebung ohne Konzeptionen durchhalten. Man soll uns hier nicht weh finden. Denn wenn wir in diesem Punkte nachgeben würden, dann hätten wir unsere Revolution umsonst gemacht.“

(Berliner Börsen-Zeitung, 23. 6. 34.)

Erhöpfende Regelung der Getreidewirtschaft

Das am 1. Juli 1934 in Kraft getretene Gesetz „Zur Ordnung der Getreidewirtschaft“ regelt die Getreidewirtschaft nicht nur für das laufende Jahr, sondern als ein Grundgesetz für jedes Jahr.

In dem Gesetz erhält der Reichsernährungsminister... weitgehende Vollmachten. Der Kern des Gesetzes besteht in der Kontingentierung der Ablieferung des Getreides auf dem ganzen Wege vom Bauernhof zum Markt.

Es wird jetzt verhindert, daß, während der eine Bauer Disziplin zeigt, der andere hemungslos verkauft. Das Gesetz gibt die Vollmachten, zu bestimmen, was der einzelne Betrieb in bestimmten Zeitschnitten dem Verkauf zuführen darf. Dem Ablieferungsrecht des Bauern kann der Ernährungsminister die Pflicht zur Ablieferung gegenüberstellen, wenn zum Beispiel die Mühlen nicht genügend Getreide bekommen haben. Wenn durch eine Verknappung der Vorräte die Tendenz zur Preissteigerung begünstigt wird, kann der Minister dem künftig auch entgegenreden.

Der Ernährungsminister kann im Zusammenwirken mit den übrigen Ministern die Ausmahlung, die Herstellung von Backwaren, das Festpreissetzen, das Gesetz über den Zusammenschluß der Mühlen und das Maisgesetz den Bedürfnissen des laufenden Jahres anpassen und beliebig ändern. Damit ist eine erschöpfende Regelung der gesamten Getreidewirtschaft möglich.

(Berliner Tageblatt, 30. 6. 34.)

Politischer Kurzbericht

Der Bundesführer des NSDfB (Stahlhelm) Reichsminister Seldte, erklärte auf Veröffentlichungen der (früheren) Obersten SA-Führung zu den Vorgängen in Quetzin (Pommern), wo ein SA-Führer durch einen Angehörigen des Stahlhelms verletzt wurde, daß er Auseinandersetzungen zwischen Teilen der nationalsozialistischen Bewegung in den Zeitungen nicht für zweckmäßig halte. Von seiten des NSDfB (Stahlhelm) werde deshalb in den nächsten Tagen eine Presseveröffentlichung mehr erfolgen (L.A.)

Die Reichsenschaft Deutscher Pfadfinder ist für das Gebiet des anhaltischen Saates aufgelöst und verboten worden. Diese Vereinigung war zu einer Zufluchtsstätte dem neuen Staat feindlicher junger Menschen geworden. (V.B.)

Der ehemalige Generallandschaftsdirektor für Ostpreußen, v. Hippel, wurde im Dezember vorigen Jahres wegen passiver Bestechung zu 200 RM Geldstrafe verurteilt. Die von Hippel eingeleitete Revision ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden. (L.A.)

In der dritten Verhandlung wegen der Ermordung des SA-Mannes Cieslik fällt das Dessauer Schwurgericht folgendes Urteil: Die beiden Hauptangeklagten Gast und Werner wurden zu Zuchthausstrafen von neun bzw. sechs Jahren, sechs weitere Angeklagte wegen Landesfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei bis vier Jahren verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte für sämtliche elf Angeklagte die Todesstrafe beantragt. (F.Z.)

Die CV-Zeitung des Central-Vereins der Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 28. Juni wurde beschlagnahmt. (A.)

Die in Hannover erscheinende Wochenschrift „Wahrheit und Recht“ auf die Dauer von drei Wochen verboten worden. (K.Z.)

Die Danziger sozialdemokratische „Volksstimme“ ist auf sechs Monate verboten worden. Sie hatte verschiedene Artikel veröffentlicht, die eine Verächtlichmachung der Regierung und ihrer Maßnahmen darstellten. (V.B.)

Das „Stralsunder Tageblatt“ und die „Stralsundische Zeitung“ haben sich vereinigt. (G.)

Die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Zeitung“ hat mit dem 30. Juni ihr Erscheinen eingestellt. (F.Z.)

Der Gouverneur des Memelgebietes hat den Landespräsidenten Dr. Schreiber seines Amtes entbunden. Das neue Landesdirektorium besteht ausschließlich aus großlitauisch eingestellten Persönlichkeiten. (L.A.)

Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts kann gegenüber einem Stillehändlerverbrecher auch dann auf Enttarnung erkannt werden, wenn der Betreffende noch eine langjährige Freiheitsstrafe (in dem zur Entscheidung stehenden Falle noch 13 Jahre Zuchthaus) zu verbüßen hat. Es spielt keine Rolle, daß die Allgemeinheit während der Strafverbüßung vor dem Verbrecher an sich geschützt bleibt. Über die Enttarnung ist stets gleichzeitig mit der Strafe zu entscheiden; ein Aufhebung der Entscheidung bis nach erfolgter Strafverbüßung ist nicht statthaft.

Die große Steuer-Reform

Die Reichsregierung hat jetzt durch den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reichardt ein Steuerreform-Programm verkündet, das nicht nur für den einzelnen Steuerzahler, sondern auch für die Arbeitsbeschaffungs-Politik und künftige wirtschaftliche Entwicklung von einschneidender Bedeutung ist. In dem folgenden Artikel geben wir oben allgemeinen steuerpolitischen Gesichtspunkten die wichtigsten Punkte des Reformprogramms wieder. Die Redaktion.

Hoffnungen und Wünsche des Steuerzahlers

Steuern: Ein unerquickliches Kapitel.

Das Kapitel Steuern ist noch zu allen Zeiten sehr unerquicklich gewesen, und wir wissen, daß gerade in den letzten Jahrzehnten der Kampf um die Steuern, besser gesagt: der Kampf gegen die Steuern, einen großen Teil der sogenannten parlamentarischen Energie verbraucht hat. Der Lärm um Steuern war wohl mit einer der übelsten Begleiterscheinungen jener Zeit, in der die „Interessengruppen“ in Deutschland etwas zu sagen hatten. (Berliner Lokal-Anzeiger, 27. 6. 34.)

Ein vielstimmiger Chor.

Auf das Reformprogramm wartet der deutsche Steuerzahler seit dem Umschwung mit Ungeduld, und am stärksten berührt ihn natürlich die Frage, welche Steuern abgeschafft und welche beibehalten werden sollen. Berührt man die Frage vom Standpunkt der Berufs-zweige aus, so ist es klar, daß dem einen mehr diese, dem andern mehr jene Steuer besonders un bequem ist und fast jeder Wirtschaftsstand und jede soziale Gruppe hat hier Beschwerden über die bisherige Belastung und Wünsche für künftige Erleichterungen vorzubringen. (Bremer Nachrichten, 24. 6. 34.)

Steuerbukt der Nachkriegszi.

Jeder Steuer haf ten ja irgendwe große Nachteile an, die sich von einer bestimmten Tagelohn ab besonders stark und unangenehm bemerkbar machen. So liegt z. B. der besondere Nachteil bei den hohen Stufen der Einkommensteuer darin, daß sie die Ersparnisbildung hindert, bei der Gewerbesteuer darin, daß sie vor Neugründung oder Erweiterung der Betriebe abschrecken, bei den Konsumsteuern in der Tatsache, daß von einer gewissen Grenze an der Verbrauch sehr scharf zurückgeht, bei der Haussteuer in den gewaltigen Störungen, die sie mindestens bis zu den Verbesserungen der letzten Jahre auf dem Grundstumsmarkt hervorrief, bei der Umsatzsteuer endlich in der Tatsache, daß sie in der Hochkonjunktur auf den Verbraucher abgewälzt wird, in der Krise aber bei dem Erzeuger und Geschäftsmann hängen bleibt. (Bremer Nachrichten, 24. 6. 34.)

Verbesserungswünsche: Höheres Existenzminimum.

Es geht auf die Dauer nicht an, daß kleine und kleinste Einkommen, die in allen konkurrierenden Ländern steuerfrei sind, mit Totalsteuern von 20 Prozent belastet werden. Es ist der Vorzug der nationalsozialistischen Regierung, daß sie gesetzgeberische Fragen mit „den Augen des Volkes“ sieht. Es ist also zu hoffen, daß man die „Steuerfreiheit“ (d. h. das Sortiment von Abzugsklauseln) durch einen einheitlichen Steuersatz mit sehr viel höherem Existenzminimum ersetzen kann nicht den Nachbarländern, die das Minimum viel höher beziffern, auf die Dauer den

Vorzug lassen, bei gleichen Löhnen eine viel höhere Kaufkraft zu gewähren. Darum, zum Nutzen des Spielraums, der für eine Senkung frei ist, zu einer Beseitigung der konsumdrosselnden Steuern aus. (Deutsche Zukunft, 14. 1. 34.)

Klares Deutsch.

Und noch etwas: Welcher Volksgenosse war bisher in dem, sich in den Steuergesetzen überhaupt zurechtzufinden? Bis auf die Spezialisten kaum einer von Hundert. Die Sprache der bisherigen Finanzgesetze, aber auch die der Steuerbescheide war vielfach so gekünstelt, daß man sich nie so recht auskannte. Die kommende Steuergesetzgebung wird, wie betont wird, frei von jedem Bürokratismus sein, sie wird in Stil und Sprache so gestaltet sein, daß jeder sie zu lesen versteht. Wenn die neue Finanzreform es zuwege bringt, daß aus verärgerten und nicht zuletzt auch unwilligen Steuerzahlern zufriedene Staatsbürger werden, die sich gerecht behandelt fühlen, dann wird auch auf diesem Gebiet jene zeitliche Erleichterung eintreten, die das deutsche Volk zu seiner Gesundung und Wiederaufbau braucht. (Bremer Nachrichten, 24. 6. 34.)

Nicht mehr 165 Steuertermine im Jahr.

165 Steuertermine im Jahr, und zwar für einen Unternehmer mittlerer Größe: mit dieser Zahl haben wir im letzten Jahresbericht die Kompliziertheit unseres Steuerwesens gekennzeichnet. Das Steuerwesen ist in der Zwischenzeit — von einzelnen erfreulichen Maßnahmen, wie der Vereinfachung der Einkommenbesteuerung abgesehen — nicht einfacher geworden. Um so lebhafter haben wir es begrüßt, daß der neue Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, die Vereinfachung des Steuerwesens als besonders dringlich betont hat.

(Jahresbericht des Nordwestdeutschen Wirtsch.-Bundes.)

Die Grundlinien der Steuerreform

Drei Grundgedanken.

„Die Steuerpolitik im Adolf-Hitler-Staat ist im wesentlichen auf drei große Gedanken abgestellt.

1. Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit um die Gesundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes, im Zusammenhang damit Lösung dringender volkswirtschaftlicher Fragen;
2. Förderung der Familie, in Zusammenhang damit Verwirklichung des volkspolitischen Gedankens;
3. Betonung des Werts der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung in der Wirtschaft.“

Erhöhung der Belastung ausgeschlossen.

„Die Belastung, die sich aus den Steuern und Steuersätzen ergibt, ist heute in Deutschland vorhanden, ist so groß, daß jede Erhöhung dieser Belastung dem Gedanken der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung und jeder volkswirtschaftlichen Vernunft zuwiderlaufen würde.“

Keine neuen Steuern.

„Es ist nicht daran gedacht, irgendwelche neue Steuern einzuführen, und es ist auch nicht daran gedacht, die Sätze bestehender Steuern

zu erhöhen. Jede Erhöhung der bestehenden Gesamtsteuerlast der deutschen Volkswirtschaft würde nichts anderes als volkswirtschaftlichen Unsinn bedeuten. Daß der Gedanke einer Erhöhung der bestehenden Gesamtsteuerlast von jedem, der im nationalsozialistischen Staat für die Dinge verantwortlich ist, mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird, versteht sich von selbst.“

Ausgenommen sind einzelne Maßnahmen, die nicht durch fiskalische Gesichtspunkte bedingt sind, sondern durch die Notwendigkeit, lenkend in die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft einzugreifen.“

Verminderung der Steuereinnahmen unmöglich.

„Die allgemeine Haushaltslage läßt eine Verminderung der Steuereinnahmen bis auf weiteres nicht zu. Steuern, deren Beseitigung in ihrer Auswirkung (auf die Wirtschaftsbelebung) zwangsläufig zum Ausgleich des Ausfalls führen würde, sind, mit Ausnahme vielleicht der Gemeinderabsteuern, nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht mehr vorhanden.“

Die Vorbelastung des Staats.

Durch die gegenwärtige Lage unseres allgemeinen Haushalts sind uns bei unsern Bestrebungen nach Entlastung leider Grenzen gezogen. Wir werden jedoch innerhalb dieser Grenzen einen Umbau in der Weise durchführen, daß wir bei verminderter Steuerlast, die auf der einzelnen Person oder Sache in der Regel ruht, den bisherigen Aufkommensstand nicht nur halten, sondern übersteigen werden. Eine Erhöhung des Aufkommens ist unbedingt erforderlich, wenn es haushaltsmäßig möglich sein soll, die staatspolitisch bedingten Mehrausgaben, die auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens anfallen, zu decken und insbesondere die sehr erheblichen Vorbelastungen, die in den Haushaltsjahren 1934 bis 1939 in Erscheinung treten, auszugleichen.

Unter keinen Umständen Fehlbeträge.

Die allgemeine Finanz- und Steuerpolitik darf in keinem Fall zu erheblichen Fehlbeträgen im Haushalt führen, wenn nicht die öffentlichen Finanzen in Unordnung und dadurch zwangsläufig auch Gefahren für die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Dinge sich ergeben sollen. Es ist daher, wenn das Aufkommen zur Deckung von Mehrausgaben nicht hinreicht, dringend erforderlich, daß weniger wichtige Ausgaben unterbleiben, bis das Aufkommen die genügende Höhe erreicht hat.

Die Entwicklung der Steuereingänge.

„Das Steueraufkommen entwickelt sich selbstverständlich glänzend. Diese Entwicklung ist der Erfolg unserer Steuerpolitik in den letzten fünfzehn Monaten. Das Aufkommen an Steuern im Reich ist in den Monaten April und Mai 1934 120 Millionen Reichsmark höher gewesen als im April und Mai 1933. Auch im Juni hält die über alle Erwartungen günstige Entwicklung an. Es ist sicher, daß wir den Voranschlag für 1934 infolge der günstigen Entwicklung um einige hundert Millionen Reichsmark übersteigen werden. Wir müssen jedoch heiföhr sein, daß das so sein wird, weil es andernfalls unmöglich sein würde, die eine und andre staatspolitisch dringend notwendige Mehrausgabe zu leisten und die gewaltigen Vorbelastungen auszugleichen, ohne gleichzeitig die Ausgaben auf

weniger wichtigen Gebieten in unentgeltlicher Weise drosseln zu müssen."

(Staatssekretär Reinhardt in der Akademie für Deutsches Recht, zitiert nach Köln. Zeitung, 27. 6. 34.)

Die Steuerreform in der Praxis

Entlastung der Familienväter

Die Kinderabzüge vom Einkommen.

Der Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes sieht eine Ermäßigung des Einkommens vor um:

- 15 v.H. des Einkommens für 1 Kind
- 35 v.H. des Einkommens für 2 Kinder
- 60 v.H. des Einkommens für 3 Kinder
- 90 v.H. des Einkommens für 4 Kinder
- 100 v.H. des Einkommens für 5 Kinder.

An Stelle der Höchstgrenze von bisher 600 RM für jedes Kind treten im Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes die folgenden Höchstgrenzen:

- 1 200 Mark für ein Kind,
- 2 800 Mark für zwei Kinder,
- 4 800 Mark für drei Kinder,
- 7 200 Mark für vier Kinder,
- 10 000 Mark für fünf Kinder,

Erhöhung um weitere je 3000 Mark für jedes folgende Kind.

Erhöhung der Mindestsätze.

Auch die Mindestsätze der Kinderermäßigung sind erhöht worden. Im Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes sind die folgenden Mindestsätze vorgesehen:

- 240 Mark für ein Kind,
- 540 Mark für zwei Kinder,
- 960 Mark für drei Kinder,
- 1440 Mark für vier Kinder.

Abzüge auch für volljährige Kinder.

Die Kinderermäßigung wird im Gegensatz zum bisherigen Einkommensteuergesetz dem Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes gemäß auch für volljährige Kinder gewährt, solange sie zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören, auf Kosten des Steuerpflichtigen für einen Beruf ausgebildet werden und das fünf-undzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet haben.

Wer zahlt keine Einkommen- und Bürgersteuer mehr?

In die neue Einkommensteuer sind auch die Bürgersteuer, die Krisensteuer der Veranlagten und der Einkommensteuerausgleich der Empfänger von mehr als 8000 Mark Jahres-einkommen hineingestrichen.

Infolge der Ermäßigung des Tarifs und der Erhöhung der Kinderermäßigung bleiben die verheirateten Lohnempfänger mit Kindern einkommenbesteuerungsfrei, also frei von Einkommensteuer einschließlich Bürgersteuer,

bei einem Kind, wenn ihr Arbeitslohn 100 Mark monatlich nicht übersteigt,

bei zwei Kindern, wenn ihr Einkommen 125 Mark monatlich nicht übersteigt,

bei drei Kindern, wenn ihr Einkommen 175 Mark monatlich nicht übersteigt,

bei vier Kindern, wenn ihr Einkommen 275 Mark monatlich nicht übersteigt,

bei fünf Kindern, wenn ihr Einkommen 850 Mark monatlich nicht übersteigt.

Ein praktisches Beispiel.

Einem Angestellten mit 300 Mark Monatsgehalt und vier Kindern sind bisher monatlich 7 Mark Lohnsteuer und Bürgersteuer einbehalten worden. Dem Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes gemäß soll dieser Angestellte steuerfrei sein, er wird also von seinem Lohn 7 Mark monatlich mehr ausgezahlt erhalten. Einem Angestellten mit 750

Mark Monatsgehalt und fünf Kindern sind bisher monatlich 28 Mark einbehalten worden. Dem Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes gemäß ist dieser Angestellte lohnsteuerfrei. Ihn werden monatlich 28 Mark von seinem Gehalt mehr ausgezahlt.

Die Entlastung der freien Berufe.

Bei einem veranlagten Steuerpflichtigen (einem im freien Beruf stehenden Erwerbstätigen) mit 5000 Mark Jahreseinkommen, also bei einem kleinen Gewerbetreibenden, Handwerker oder dergleichen, gestaltet sich das Bild der Einkommenbesteuerung dem vorliegenden Entwurf gemäß wie folgt:

	bisher	neu
verheiratet ohne Kinder	460 Mark	400 Mark
mit einem Kind	424 Mark	340 Mark
mit zwei Kindern	388 Mark	260 Mark
mit drei Kindern	352 Mark	160 Mark
mit vier Kindern	316 Mark	40 Mark
mit fünf Kindern	256 Mark	0 Mark

Auch Arbeitslosenversicherung bei großer Kinderzahl wird beseitigt.

Seit 1. April 1934 sind alle Steuerpflichtigen mit drei und mehr Kindern bereits von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe befreit. Entwickelt sich die Zahl der Arbeitslosen weiter nach unten und die Zahl der Beschäftigten, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu entrichten haben, weiter nach oben, so wird, glaube ich, im Frühjahr 1935 an eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags gedacht werden können. Solange nicht die Arbeitnehmer, die Kinder zu unterhalten haben, vom Arbeitslosenversicherungsbeitrag restlos befreit sind, wird der Beitrag von den kinderlos Verheirateten und den Ledigen in voller Höhe zu erheben sein.

Die Befreiung der Kinderreichen vom Arbeitslosenversicherungsbeitrag, die hoffentlich im kommenden Frühjahr vorgenommen werden kann, wird ebenso wie die Befreiung von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe und die Senkung der Lohnsteuer im Ergebnis einer Erhöhung des Lohns und damit der Kaufkraft gleichkommen.

Praktische Bevölkerungs-politik

Die Steuererleichterung für Hausgehilfen.

Weitere große Maßnahmen, und zwar Dauermaßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit gleichzeitig im Rahmen der Bevölkerungspolitik sind das Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und das Gesetz zur Förderung der Eheschließungen, beide vom 1. Juni 1933.

Dem Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft gemäß wird eine steuerliche Vergünstigung für Hausgehilfen gewährt. Die Folge davon ist, daß sich die Zahl der Hausgehilfen inzwischen um 100 000 erhöht hat. Das bedeutet eine dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes, und die Ehefrau und Mutter erhält wieder mehr Zeit, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Die Zahl der Hausgehilfen betrug im Jahre 1925 noch rund 1 Million, Mitte 1933 nur noch 500 000.

Jährlich 250 000 Ehestandsdarlehen.

Wir werden in jedem Jahr rund 250 000 Ehestandsdarlehen gewähren. Nehmen wir an, daß davon 50 000 Paare auch ohne Ehestandsdarlehen heiraten würden, so werden in Ausführung unseres Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen 200 000 Ehen im Jahr mehr geschlossen. Das bedeutet eine Entlastung des Arbeitsmarktes um laufend 200 000 jährlich."

Keine künstliche — sondern dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes.

"Diese Entlastung ist nicht eine künstliche, nicht eine nur vorübergehende, sondern eine

dauernde. Dasselbe gilt von den Entlastungen, die wir durch Überführung weiblicher Arbeitskräfte als Hausgehilfen in die Hauswirtschaft erzielen. Es handelt sich in dem Gesetz zur Förderung der Eheschließungen und in dem Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft um eine dauernde arbeitsmarktpolitische und bevölkerungspolitische Umschichtung unter diesen Frauen. Allein in Auswirkung dieser beiden Maßnahmen wird es gelingen, die Arbeitslosigkeit auf die Dauer weitgehend zu vermindern. Im ersten Jahr haben wir in Ausführung allein dieser Maßnahmen eine Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 500 000 erfahren:

- 100 000 weibliche Arbeitskräfte als Hausgehilfen in die Hauswirtschaft,
- 200 000 weibliche Arbeitskräfte aus dem Arbeiteremherstand in die Ehe,
- 200 000 Mehrbeschäftigte in der Möbel-, Hausgeräte- und dergleichen Industrie."

Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer

Senkung der Einkommensteuer.

Der bisherige Tarif begann mit 10 vom Hundert und reichte bis 40 vom Hundert. Dahin kamen die Krisensteuer der Veranlagten und der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als achttausend Reichsmark. Dadurch erhöhte sich der Tarif auf rund 10½ bis 46 vom Hundert. Die Gemeinden erhoben außerdem eine Bürgersteuer. Diese ist nach der Höhe des Einkommens gestaffelt. Der Grundtarif beträgt 3 bis 2000 Reichsmark. Die Sätze des Grundtarifs dürfen beliebig vervielfacht werden. Durch die Bürgersteuer erhöht sich der Tarif (der Einkommenbesteuerung) auf rund 12 bis 50 vom Hundert. Der neue Tarif soll mit nur 8 vom Hundert beginnen und bis 35 vom Hundert reichen mit der Maßgabe, daß die Steuer in keinem Fall mehr als ein Drittel des Einkommens betragen darf."

Erleichterung für die Vermögensteuer.

„Im bisherigen Vermögensteuergesetz war eine allgemeine Besteuerungsgrenze von 20 000 Reichsmark vorgesehen. Überstieg das Vermögen 20 000 Reichsmark, so war es voll vermögenssteuerpflichtig, ohne Rücksicht auf die Zahl der vorhandenen Kinder. Der Entwurf des neuen Vermögensteuergesetzes sieht nicht eine Besteuerungsgrenze, sondern einen Steuerfreibetrag vor. Dieser beträgt je 10 000 Reichsmark für Mann, Frau und jedes nicht selbständig zur Vermögensteuer veranlagte minderjährige Kind. Ein Familienvater von drei Kindern kann demnach ein Vermögen bis zu 50 000 Reichsmark besitzen, ohne vermögenssteuerpflichtig zu sein. Würde das Vermögen dieses gleichen Familienvaters nicht 50 000, sondern 60 000 Reichsmark betragen, so würde er nicht, wie bisher, mit 60 000, sondern nur mit 10 000 Reichsmark vermögenssteuerpflichtig sein."

Hohe Freigrenzen für Erbschaften.

„Im bisherigen Erbschaftsteuergesetz galt für Kinder und für Enkel eine Besteuerungsgrenze von 1000 Reichsmark. Überstieg der Erbanfall diese Grenze, so war er voll erbschaftsteuerpflichtig. Der Entwurf des neuen Erbschaftsteuergesetzes sieht für Kinder einen Freibetrag von 30 000 Reichsmark und für Enkel einen Freibetrag von 10 000 Reichsmark vor. Ein Erbanfall soll bis zur Höhe des Freibetrages in jedem Fall steuerfrei sein."

Grund-, Gewerbe-, Hauszinssteuer Steuervereinfachung:

Wir werden die Vereinheitlichung der Grund- und Gewerbesteuer (die bisher Landessteuern waren) durchführen. Wir werden ein Grundsteuergesetz und ein Gewerbesteuergesetz schaffen. Danach werden Grundsteuer und Gewerbesteuer Reichsteuern sein. Diese werden nach Merkmalen, die für das gesamte Reichsgebiet einheitlich sein werden, erhoben werden. Wir werden uns im Finanz- und Steuerrechtlichen Ausschuß besonders eingehend mit den Belastungsverchiebungen zu befassen haben, die sich aus der Vereinfachung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ergeben können und die jede große Vereinheitlichung zwangsläufig mit sich bringt.

Die neue Gewerbesteuer:

Von besonderer Bedeutung wird die neue Gewerbesteuer sein. So lange die Finanzen der Gemeinden einen Verzicht auf die Gewerbesteuer noch nicht erlauben, wird diese wesentlich vereinfacht und so erträglich wie möglich gestaltet werden müssen.

Es ist eine Besteuerungsgrenze vorgesehn, und zwar mit 1250 Reichsmark Gewerbeertrag. Die Gewerbetreibenden, deren Gewerbeertrag 1250 Reichsmark im Jahre nicht übersteigt, sollen gewerbesteuerfrei bleiben. Eine Lohnsummensteuer wird es dem Entwurf des neuen Gewerbesteuergesetzes gemäß nicht mehr geben. Auch die Gewerbesteuerkapitalsteuer soll in Fortfall kommen.

Die Gewerbesteuer der freien Berufe:

Die Angehörigen der freien Berufe werden aus der Gewerbesteuer ausgenommen. Sie sollen einer ihrem Beruf entsprechenden Berufssteuer unterliegen. Dabei wird ein angemessener Freibetrag vorzusehn sein.

Stufenweiser Abbau der Hauszinssteuer:

„Die Hauszinssteuer wird mit Wirkung ab 1. April 1935 um 25 vom Hundert und mit Wirkung ab 1. April 1937 um weitere 25 vom Hundert gesenkt werden und ab 1. April 1940 in Wegfall kommen.“

Staatssekretär Reinhardt in der Akademie für deutsches Recht. Zitiert nach Köln. Zeitung und Germania, 27. 6. 34.

Auf die zahlreichen anderen Reformmaßnahmen, die eine Entlastung der Wirtschaft bezwecken und zugleich über die Steuererleichterung zu verstärkter Arbeitsbeschaffung durch die Privatwirtschaft führen sollen, kommen wir in einer der folgenden Nummern noch zurück. Die Redaktion.

Zuchthaus und Pranger für Steuerdrückeberger!

Der Verfall der Steuermoral:

In den Jahren des Weimarer Systems ist die Steuermoral bei uns äußerst bedenklich gesunken. Ganz offensibare Mängel und Unzulänglichkeiten der Reichsabgabenordnung vom Dezember 1919, die ja in nächster Zeit schon eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern durch die wohlwollende Initiative des Staatssekretärs Reinhardt erleben wird, machten es weiten, dafür empfänglichen Kreisen leicht, ihre Steuern zu regulieren“. (Völkischer Beobachter, 28. 4. 34.)

Besserung der Steuermoral —

Der Nationalsozialismus hat vor allem mal die politischen Quellen der Steuermoral beseitigt, hat dem Steuerzahler wieder das Gefühl gegeben, daß der nationalsozialistische Staat sein Staat ist und daß er die Pflicht hat, diesem Staat auf Heller und Pfennig zu

geben, was des Staates ist. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Steuermoral sich im verflossenen Jahre gebessert hat.

(Völkischer Beobachter, 28. 4. 34.)

— aber noch allerlei Zumutungen.

Für den Augenblick liegen aber die Dinge, trotz aller Besserungen, noch sehr im argen. Gegenwärtig werden bei den Finanzämtern die Steuererklärungen für 1933 verarbeitet, und wir können uns denken, daß mancher Beamte schon Ursache hat, den Kopf darüber zu schütteln, was ihm von Steuerpflichtigen zu glauben zugemutet wird.

(Völkischer Beobachter, 28. 4. 34.)

Erziehung zur Steuererlichkeit:

Am wichtigsten ist aber die Erziehung. Die Reichsabgabenordnung läßt Möglichkeiten des Steuerbetrugs und leider zu zahlreiche Hintertüren offen. Das Privatvergnügungsauto fährt mit dem Benzin der Unkostenrechnung, Werbungskosten, überhaupt alle möglichen Unkosten erscheinen in der Ertragsrechnung überhöht. Die „Freundin“ wird schließlich Empfangsname und auf Kosten des Steuerfiskus ausgehahlt. Gewinne werden verlagert, gemachte Gewinne aus steuerlichen Gründen nicht realisiert, der laufende Erhaltungsaufwand geradezu in grotesker Höhe angegeben.

(Völkischer Beobachter, 28. 4. 34.)

Steuerhinterzieher gehören ins Zuchthaus:

Der Kausdruck der Reichsabgabenordnung gibt leider dazu die Möglichkeit — und wenn es einmal auffällt, dann wird das leider in weiten Kreisen als „Betriebsunfall“ angesehen. Dann hat der und der, leider sind es immer noch allzu viele, nur eben

versucht, dem Racker Staat etwas abzugewinnen. Und das gilt nicht wider Bürgerrecht und allgemeine Moral. Wenn einer streicht, ist er kriminell belastet, und das schadet seinem Ansehen. Wenn einer den Staat aber um die Steuern bestiehlt, dann ist das eben nach einer geläufigen Auffassung „Kavalierdelikt“. Der Ertrappe ist eben dabei reingefallen.

Mit dieser liberalistischen Denkart muß gebrochen werden. Die Auffassung muß sich einbürgern, daß der Steuerunehrliche gemeiner Verbrecher ist und ins Zuchthaus gehört. Das klingt hart. Aber was der eine hinterzieht, muß der andere mehr zahlen, und die bessere Steuermoral ist nicht zuletzt das Mittel, um die vom Weimarer System übernommenen übersteigerten Steuern zu senken.

(Völkischer Beobachter, 28. 4. 34.)

Ein Pranger für die Drückeberger:

Die Einführung der Liste säumiger Steuerzahler ist eine Neuerung, die zusammen mit der großen Steuerreform der nationalsozialistischen Regierung zur Durchführung kommen soll. Sie wird zum ersten Male im Frühjahr 1936 offengelegt werden. Alle, die im Jahre 1935 nach einer ersten schriftlichen Mahnung ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllten, werden in ihr aufgenommen, eine Maßnahme, die mindestens zur Hebung der Zahlungsbereitschaft und des Zahlungswillens bei allen Steuerpflichtigen beitragen wird, die die Millionen Rückstände an Steuern verschwinden läßt und die vor allen Dingen den kostspieligen Betreibungsapparat zum größten Teil überflüssig macht.

(Rheinisch-Westfälische Zeitung, 29. 6. 34.)

Auslands - Kurzberichte

Im englischen Londonhaus gab der Luftminister Lord Londonderry zu, daß auch die britische Regierung jede Hoffnung auf Abrüstung verloren habe. Die Regierung habe die Sicherheit des Imperiums stets im Sinne und mit der praktischen Ausführung. Großbritannien eine genügende Luftmacht zu geben, nicht länger getögert. In etwa drei Jahren werde die britische Luftflotte von 890 auf 1490 frontfähige Luftzeuge vermehrt und um 25 Flugplätze bereichert sein.

(V.B.)

Zum Nachfolger des ermordeten polnischen Innenministers Piaracki ist der bisherige Regierungskommissar der Hauptstadt. Oberstleutnant Kosciolkowski, ernannt worden. Seine Ernennung läßt darauf schließen, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, die durch die Ermordung des Ministers Piaracki geschaffene innerpolitische Lage zu verschärfen. (BBZ.)

In Österreich ereigneten sich wieder zahlreiche, zum Teil schwere Sprengstoffanschläge. — In Graz zogen 400 dienstfreie Soldaten des Bundesheeres in Uniform geschlossen in das Innere der Stadt und brachten Schmährufe auf die Heimwehr und Rufe gegen den Vizekanzler Starnheimberger aus. Wo sie Heimwehrleute erblickten, verprügelten sie diese. Nach großen Schlägereien mußten zahlreiche Verletzte ins Krankenhaus gebracht werden. (V.B.)

Der japanische Botschafter in Rom ist abgerufen worden. Er soll es nicht verstan-

den haben, den starken Pressekampf Londons gegen das japanische Dumping einzudämmen. (B.T.)

Der Vorschlag Japans an die Vereinigten Staaten, einen Nichtangriffspakt zu schließen, ist von den USA. abgelehnt worden. In Japan erklärt man, daß das feindliche Verhalten der Vereinigten Staaten zu den japanischen Flottenvorschlägen eine sehr schwierige Situation im Pazifik zur Folge haben werde. (N.)

Die Vereinigten Staaten haben China eine neue Wiederaufbauleihe im Betrage von 30 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt. In Japan hat diese Nachricht lebhaft Unruhe ausgelöst. (D.D.)

Nach 14monatiger Unterbrechung ist der direkte Eisenbahnverkehr zwischen Mukden und Peiping wiederhergestellt worden. Die Bewachung der Eisenbahnlinie wurde japanischen Truppen übertragen. (B.B.Z.)

Die sowjetrussische Regierung hat die mandschurische Bedingung für den Kauf der chinesischen Ostbahn, die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone, abgelehnt. (E.B.Z.)

Das amerikanische Staatsdepartement hat die Ausfuhr von Waffen nach Kuba verboten, sofern nicht eine Genehmigung der kubanischen Regierung vorliegt. Dadurch soll der Waffenschmuggel zugunsten der kubanischen Aufständischen verhindert werden. (B.T.)

Blick in die Auslandspresse

Röhm-Revolte und Auslandspresse

Samstag mittag 12 Uhr.

Die Bombe ist geplatzt. Seit Tagen, ja seit zwei Wochen ungefähr lauscht ganz Deutschland mit angehaltenem Atem dem geheimnisvollen Ticken der Zündschnur, das jeder mit halbwegs empfindlichen Nerven ausgestattete Mensch — und die ganze Nation ist ungemein feinhörig und nervenempfindlich geworden — zu hören vermeint. Trotzdem aber konnte von den Außenstehenden keiner, nicht einmal der Kreis von allgemein informierten, auch nur die leiseste Ahnung haben von der wahrhaft atemberaubenden Dramatik des jüngsten deutschen Geschehens.

Man bedenke: Samstag mittag auf die Minute um 12 sollte im ganzen Reichgebiet der Schlag der radikalen SA-Führung geführt werden, nur einige Stunden vor der vorausbestimmten allgemeinen Ablieferung der Waffen und genau am Vorabend jenes Sommerurlaubs, von dem nur die verblüfflichen Elemente, nicht aber die radikalen Prätorianer überhaupt wieder zurückkehren bestimmt waren. Der umfassenden Organisation des Putsches stand aber eine ebenso umfassende, ebenso geheimnisvolle, in ihren Machtmitteln aber noch viel furchtbarere Gegenorganisation gegenüber, die sich ebenso von langer Hand gebildet hatte, wie die Kadets der Putschisten. Zug um Zug vollzog sich der mysteriöse Aufmarsch der Männer im Dunkeln. Mit dem verhängnisvollen Mittagsschloßschlage dieses historischen 30. Juni, der als deutsche Schicksalsstunde erster Ordnung in die Geschichte eingehen wird, war der Wind entfesselt, den Röhm gesät hatte, in der gleichen Sekunde aber brach der Sturm los, den er erntete.

(Bohemia, 1. 7. 34.)

Görling: Polizeiminister von furchtbarem Format...

Die geglättete Verteidigung von Adolf Hitlers Staat lag zweifellos in den Händen General Görings, der sich mit seiner neuesten Aktion als Polizeiminister von furchtbarem Format erwies. „Ich schlage zu“, warnte Görling vor einigen Tagen noch seine Widersacher in einer öffentlichen Rede; erst heute weiß man genau, an welche Adresse diese Drohung gerichtet war, und heute erst kennt man genau die letzten Ziele, die Görling zur Aufstellung jener Weißen SA, seines Feldjägerkorps bestimmt haben, dessen Bildung schon seit einiger Zeit im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht.

(Bohemia, 1. 7. 34.)

Ohne die geringste Nervosität.

Nach 3 Uhr nachmittags hatte ich das Vergnügen, mit den herbeigeeilten Kollegen von der ausländischen Presse, die Darlegung Minister Görings über das Vorgefallene zu hören. Der Mann, der die Ereignisse dirigiert hat, strotzte von Energie, zeigte aber vom ersten bis zum letzten Wort nicht die geringste Nervosität, auch beim allerletzten Wort nicht, als er sich an der Saalfür noch einmal umkehrte und mit lauter Stimme den Tod des ehemaligen Reichskanzlers Schleicher feststellte. (Basler Nachrichten, 30. 6. 34.)

Dem Ausland noch unverständlich.

„Die Ereignisse in Deutschland vollziehen sich nach Art eines stummen Filmes und sind absolut unverständlich. Von außen her sehen wir nur eine dramatische Szenen. Eine Anzahl von Dingen, die für das Verständnis des Ganzen nötig wären, entzieht sich unserer Kenntnis.“

(„Echo de Paris“, 1. 7. 34.)

Wenn Deutschland der Unordnung anheimfällt...

„Reichswehr und Miliz stellen die beiden sichbaren und handelnden Kräfte Deutschlands dar. Hinter ihnen stehen schweigend die Massen, deren Stimmung wir gerne kennen möchten... Eines ist jedoch leider sicher: Wenn Deutschland der Unordnung anheimfällt oder wenn im Gegenteil der Nationalsozialismus sich stärker konsolidiert, aber diese Stärkung mit einer neuen Härte und Unversöhnlichkeit seines Wesens bezahlen muß, dann würde sich die „moralische Konjunktur“ Europas und damit seine politische und wirtschaftliche Konjunktur empfindlich verschlechtern und wir hätten doch eine Besserung bitter nötig.“

(„Journée Industrielle“, 1. 7. 34.)

„Was Hitler im Herzen hat, weiß man...“

„Die zwei Deutschlands tauchten wieder auf: das der Linken und das der Rechten, das der Linken, das den bolschewistischen Geist in sich aufgenommen hat, so daß sogar die SA-Mannschaften davon ergriffen wurden, das Deutschland der Linken, das findet, man müßte die großen Güter enteignen und die Ausbeuter der großen Industrie hängen und das Deutschland der Rechten, das die alte religiöse, militärische, monarchische Ordnung wieder herstellen will. Jetzt wird man sehen, was im Herzen hat, weiß man: eine unbezwingbare Energie, eine heiße Liebe für das Vaterland, einen glühenden Glauben an die Zukunft seines Volkes.“

(Victoria, 1. 7. 34.)

Fine abschreckende Lektion.

„Es war seit langem bekannt, daß gemäßigte Nationalsozialisten eine Liste „radikaler“ Revolutionäre im Auge hatten, sei es Fanatiker, sei es Amtsjäger, sei es eine Mischung aus beiden, deren Verschwinden von hohen Ämtern sowohl im Interesse besserer Zustände im Innern als des Ansehens Deutschlands im Ausland wünschenswert sei. Auf dieser Liste standen Röhm und Heines. Was die Anklagen der Immoralität und der Brutalität betrifft, so machen sie weniger Eindruck, als es denkbar wäre, weil die Missetaten bekannt waren und weil sie ihnen wegen treuer Dienste für das Vaterland in den Tagen des revolutionären Kampfes und der Enthaltungen nachgesehen wurden. Trotz alledem macht auf die breite Öffentlichkeit die plastische Beschreibung von der Abrechnung des Führers einen gewaltigen Eindruck und sie ist auf jeden Fall froh, daß etwas getan wurde. „Historisch gesprochen“, um den Ausdruck aus der frühen Revolu-

tionszeit zu gebrauchen, ist die hervortretende Tatsache, daß die „Säuberung“ wirksam begonnen wurde, daß die Stärke des nationalsozialistischen Regimes neu begründet wurde und daß konspirierenden Reaktionen eine abschreckende Lektion erteilt wurde.“ (Times, 2. 7. 34.)

Eine Woge der Entrüstung hervorgerufen.

„Eines ist sicher, daß im ganzen Lande die Enthüllungen der Fäulnis, welche im Oberkommando der braunen Formationen und der Unterführer bestand, — die sich von Hitler wegen ihres Mangels an Bescheidenheit und ihres prunkvollen Auftretens so unterscheiden — eine Woge der Entrüstung hervorgerufen haben, die sich nicht so leicht wieder legen wird. Diese Entrüstung ist besonders lebhaft in den Kreisen des Stahlhelms, dessen jüngste Auseinandersetzung mit dem Stabschef der SA, bekannt ist und dessen Auflösung die Oberste Leitung der SA, gefordert hat.“

(Stampa, 1. 7. 34.)

Schleicher's Rolle in der Verschwörung.

Die Rolle des Generals Schleicher in der Verschwörungssache harret noch der Klärung. Der General war schon von früher her als subtiler Taktiker und Intrigant bekannt, der außerdem nicht gewöhnliche Ambition besaß. Sein persönlicher Haß gegen Papen mag ihn auch zur Beteiligung an den Umsturzplänen bewogen haben. Schließlich konnten die Verschwörer in ihm einen Mann erblicken, der außer seinen guten Beziehungen zu militärischen und monarchistischen Kreisen auch mit früheren Gewerkschaftskreisen in Verbindung stand.

(Pester Lloyd, 1. 7. 34.)

Die Hauptsache liegt offen zutage.

Für eine eingehende politische Bewertung der Vorgänge ist die Stunde noch nicht gekommen. Die Hauptsache aber liegt offen zutage: unter Aufrechterhaltung der Autorität Hitlers ist die Mittelgruppe des Regimes dank der Wucht, mit der General Göring zugriff, geplanten Putschen von links und rechts zuvorgekommen und hat die zweite Revolution ruhig und kalt selbst gemacht.

(Basler Nachrichten, 30. 6. 34.)

„Das Dritte Reich von schwerem Ballast befreit.“

Zweifellos hat sich das Dritte Reich von schwerem Ballast befreit, und ebenso zweifellos ist Hitler und seinem Getreuen Göring nun eine große Chance gegeben, losgelöst von revolutionärem Schutz Deutschland einen Weg zu führen, der aus den Niederungen dieser Zeit langsam wieder aufwärts führen soll. Hitlers wahre Staatsmannschaft wird sich nun an der Frage zu bewähren haben, ob er instande sein wird, nach vollzogener Trennung von dem Überadikalen innerlich und äußerlich jenen Weg des Gleichmaßes zu finden, der Deutschland allein vor einer schreckensschwernen Zukunft bewahren kann.

(Bohemia, 1. 7. 34.)

„Eines ist gewiß...“

Die wichtigste Frage ist natürlich die, was nun nach der erfolgreichen Beseitigung

der Umstürzer in Deutschland geschehen wird. Zum ersten Male hat Reichskanzler Hitler seit seiner Machtergreifung ernsthaften Widerstand zu brechen, und es ist bezeichnend, daß dieser Widerstand nicht von außen her, sondern von den radikalen Elementen seines eigenen Lagers kam. Es bleibt abzuwarten, wie die Massen auf den rasch und leicht unterdrückten Handstreich reagieren werden. Eines ist gewiß: die Auseinandersetzung zwischen konservativen und radikalen Tendenzen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung muß nunmehr beschleunigt werden. Es stehen Entscheidungen bevor, von denen die endgültige Gestaltung der politischen Wirklichkeit in Deutschland abhängt.

(Pester Lloyd, 1. 7. 34.)

Hitler geht seinen eigenen Weg.

„Die deutsche Krise hat eine tragische Wendung genommen. Es ist nicht eine Gegenrevolution, es ist nicht ein Staatsstreich, es ist nicht einmal die blutige Unterdrückung einer deutlich abgegrenzten Bewegung gegen das Regime, es ist eine Zuckung der Krise, die keinen Vorgang in der Geschichte hat, von der es schwierig ist, die Weiterungen, die unmittelbaren Rückwirkungen und die mittelbaren Einwirkungen auf die Gesamtheit des deutschen Lebens zu überschauen. Mit der Begründung, die Ausführung eines Komplottes gegen seine Autorität als oberster Führer des Nationalsozialismus zu verhindern, hat der Kanzler Hitler ohne Zögern, mit einer seltenen Energie hart jene geschlagen, welche seine mächtigsten Unterführer, die großen Häupter der SA, gewesen sind, jener SA, welche das wesentliche Rückstütz des Regimes darstellte. Hitler hat seine bestimmte Haltung angenommen und er hat sich entschlossen, sein eigenes Spiel zu spielen, gleichzeitig gegen die Radikalen des Nationalsozialismus wie gegen die Konservativen, hinter denen man die Hohenzollern vermutet. Er hat mit einer seltenen Kühnheit, mit einer wilden Energie gehandelt, aber er hat nur handeln können, indem er auf gefährliche Weise den totalitären Charakter seiner Bewegung und seines Regimes aufs Spiel setzte. Man kann glauben, daß er nicht leichtem Herzens so viele Menschen geopfert hat, die seine Gefährten in der heroischen Zeit seiner Bewegung gewesen sind, die ihm stark halfen, die Macht zu erringen, die eigentlich seine Werkzeuge in den kritischen Stunden gewesen waren. Man muß zugeben, daß starke Gründe erforderlich waren, um ihn zu bestimmen, die Einheit seiner Partei zu zerbrechen, in der Tat mit den aktivsten und kühnsten Elementen der Bewegung zu brechen. Das einzige, was man mit Sicherheit sagen kann, ist, daß der Führer seine absolute Autorität sowohl gegen die Konservativen als auch die Revolutionäre seiner eigenen Partei behaupten wollte. Er bricht mit andern Worten die Brücken nach rechts und nach links ab und zeigt sich entschlossen, seinen eigenen Weg zu gehen.“

(Temps, 2. 7. 34.)

„Die Gewalt hat eine neue Situation geschaffen.“

„An dem Punkt, den im Augenblick die politische Krise — ein Widerspruch, wenn auch ein beschleunigter Widerschein der wirtschaftlichen Krise — erreicht hat, muß man von den Einzelheiten, insbesondere den unsicheren Einzelheiten absehen. Alle Welt ist heute in Berlin damit beschäftigt, sich über die Toren zu informie-

ren, über ihre Namen, ihre Zahl, die Umstände ihres Selbstmordes oder ihrer Hinrichtung. Aber das ist die auffallende Fassade. Die Politik ist bereits über diese Etappe hinausgeschritten. Die Gewalt, die auf unbarmerzige Weise angewandt wurde, hat eine neue Situation geschaffen, worin sich das Schwergewicht der politischen Kräfte fühlbar verschoben hat, sich sogar im Inneren der Reichsregierung selbst verschoben hat. Hitler hätte sich nicht entschlossen, auch nur für einen Monat die SA, zu zerbrechen, die SA, die ihn in 14 Jahren zur Macht emporgetragen hat, die SA, die in den ersten sechs Monaten von 1933 der Rückhalt seiner Macht war, die SA, in der er so viele alte Kampfgenosser zählte — wenn er nicht seiner Beziehungen zu der Polizei und zum Heere, zu Göring und zu von Blomberg sicher gewesen wäre.

(Matin, 2. 7. 34.)

Vor allem ein Mann der Tat.

„Der blutige Samstag hat noch einmal beweist, daß Kanzler Hitler vor allem ein Mann der Tat ist.“

(Daily Mail, 1. 7. 34.)

Mehr überzeugte Anhänger gewonnen als im ganzen letzten Jahr.

„Die Reaktion in München auf die gestrige Aktion ist allgemeine Befriedigung. Besonders Herrn Hitlers Weisungen an den neuen Stabschef der SA, scheinen wie eine Erlösung in den verkrampten Beziehungen zwischen deutschen Bürgern gewirkt zu haben. Das deutsche Volk sprach in Kaffees und Trambahnen freier als es in den letzten 15 Monaten gesprochen hat und in München wenigstens scheint der Kanzler an diesem Wochenende mehr überzeugte Anhänger gewonnen zu haben als im ganzen letzten Jahr.“

(Times, 2. 7. 34.)

Der Staat verkörpert durch Adolf Hitler.

Die einzige Folgerung, die man aus den Ereignissen ziehen kann, ist, daß Adolf Hitler seine Autorität gegen jeglichen Druck, sei es von rechts oder von links, behaupten wollte. Sicherlich ist in gegenwärtiger Stunde die Reichswehr eine der wesentlichsten Elemente der Staatsmacht und in der Meinung der Führer der Reichswehr wird der Staat durch Adolf Hitler, den Kanzler des Reiches, verkörpert.“

(République, 1. 7. 34.)

Hitlers Stellung verstärkt.

Die Ereignisse des heutigen Tages sind offensichtlich ebenso für die nationalsozialistische Politik wie für die SA, eine sehr starke Erschütterung. Die Reinigung der Organisation von unsicheren Elementen ist notwendig und dauert weiter an. Der große Nachdruck, der in der Erklärung des Kanzlers auf die Notwendigkeit einer moralischen Reinigung der SA, gelegt wird, sichert ihm nur Sympathie in der öffentlichen Meinung. Weiter stärkt seine politische Stellung der Umstand, daß es ihm gelang, die seltsame Verschwörung zu zerbrechen, die sich zugleich auf die Opposition von rechts und von links stützte.

(Gazeta Polska, Warschau, 1. 7. 34.)

„Es ist sicher, daß Hitler an der Macht bleibt.“

„Es hat keinen Aufstand des Volkes gegeben. Das entspricht nicht den deutschen Sitten und

die Aufständischen werden in kurzer Zeit niedergeschlagen sein. Die Wahl ist bitter für Hitler, aber die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation zwingt ihn, sich früher oder später zu entscheiden. Wie man aus der Rede seines Stellvertreters Heß weiß, ist die Eroberung neuer Risiken noch Revolution. Der politische Kampf findet hinter der Kulisse statt und wir lernen die Entscheidungen nur aus plötzlichen Entschlüssen kennen, deren nähere Umstände geheim bleiben. Für den Augenblick ist sicher, daß Hitler an der Macht bleibt, weil Wandel auch immer in der Orientierung der deutschen Politik eintritt.“

(Petit Parisien, 1. 7. 1934.)

„Ein unendliches stärkeres Deutschland.“

„Die offiziellen französischen Kreise in Paris ebenso wie in Berlin bemühen sich, herauszufinden, welche Rückwirkung die gestrigen Ereignisse auf die internationale Politik haben müssen, insbesondere was Frankreich angeht. Von welcher Seite man auch das Problem betrachtet mag, so findet man es schlecht für Frankreich, das es einem anscheinend vernünftigeren, aber in Wirklichkeit unendlich stärkeren und furchtbaren Deutschland gegenübersteht. — Einem Deutschland, das gewonnen ist, uns gegenüber noch viel unversöhnlicher zu sein. Wir haben auch gegenüber England den Trumpf verloren, den Hitler als „Führer von Truppen“ darstellte.“

(Oeuvre, 1. 7. 34.)

Humor in der Welpolitik

... Wenn sie schon einmal hinfährt.“

„Oberst Wedgwood fragte den ersten Lord der Admiralität im englischen Unterhaus, ob und warum er den Besuch eines Teils der britischen Flotte nach Swinemünde genehmigt habe.“

Lord Stanley, parlamentarischer Sekretär der Admiralität: Der Besuch nach Swinemünde wie nach andern deutschen Häfen wurde im letzten April im Verlauf der üblichen Beratung der Vorschläge des Oberkommandierenden der Heimaflotte für die jährliche Rundreise genehmigt.

Oberst Wedgwood fragte, ob diese besondere Verbeugung durch einen Akt der Freundschaft gegenüber einer Regierung wünschenswert sei, welche wir nicht billigen und die uns im Augenblick nicht freundlich gesinnt sei.

Lord Stanley erwiderte, daß er bereits erklärt habe, daß dies das übliche Vorgehen bei einer Rundfahrt zur See sei.

Oberst Wedgwood fragte, ob es nicht möglich sei, die gewohnte Rundreise zu befreundeten Staaten anstatt zu möglichen Feindesländern zu machen.

Mr. Maxton (Unabhängige Arbeiterpartei): Kann die Flotte nicht etwas tun, um unsere Schulden einzukassieren, wenn sie schon einmal hinfährt.“

(Zitiert nach Times, 27. 6. 34.)

Casar und Attila.

„Als Mussolini jüngst die Rede hielt, in welcher er das italienische Ausbreitungsbedürfnis in Kleinasien unterstrich, befürchtete Mustapha Kemal, der Präsident der türkischen Republik den italienischen Botschafter zu sich und sagte ihm wörtlich: Ich glaube zu verstehen, daß der Duce die Rolle Julius Cäsar spielen will. Wollen Sie ihm bitte sagen, daß ich bereit bin, die Rolle Attilas zu spielen.“

(Evening Standard, 17. 6. 34.)

Querschnitt durch die Wirtschaft

Die Wirtschaftskurve

Der Preisindex.

Die Indexziffer der Großhandelspreise stellt sich für den 27. Juni auf 97,6; sie ist gegenüber der Vorwoche (97,5) wenig verändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 94,7, industrielle Rohstoffe und Halbwaren 91,0 und industrielle Fertigwaren 114,9 (1913 = 100). (B.T., 30. 6. 34.)

Kaliabsatz kräftig gesteigert.

Wie wir hören, haben die Abladungen des Deutschen Kalisyndikats im Mai d. J. rund 440 000 dtz Reinkali gegen 380 000 dtz im Mai 1933 betragen. Der Gesamtabsatz in den ersten 5 Monaten dieses Jahres beläuft sich auf rund 6 425 000 dtz Reinkali gegen 5 150 000 dtz in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. (D.A.Z., 26. 6. 34.)

Das Verkehrsbahntomeer.

In der Woche vom 10. bis 16. Juni wurden von der Reichsbahn je Arbeitstag 115 568 gegen 114 673 Güterwagen in der Vorwoche gestellt. Die Transportanforderungen in der gleichen Zeit des Vorjahres umfaßten 107 184 bzw. 106 161 Güterwagen. (K.Z., 29. 6. 34.)

Einzelhandelsperre verlängert.

Im Reichsgesetzblatt vom 29. Juni ist ein Gesetz veröffentlicht, durch das die Sperre für die Errichtung neuer Einzelhandelsverkaufsstellen bis zum 1. Januar 1935 verlängert wird. (N., 29. 6. 34.)

Exportserfolge der Eisenindustrie.

In den Monaten Januar bis Mai konnte der Export von Roheisen und Walzwerksfabrikaten in Deutschland auf 603 000 t gegen 557 800 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gesteigert werden. (B.L.A., 30. 6. 34.)

Verwertung von Textil- und Metallabfällen.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Rheinseid bezeichnet es in einem Aufruf als nationale Pflicht, sparsam mit den aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen umzugehen. Er richtet daher an alle Haushaltungen den Appell, sinnliche Textilabfälle, Altmetalle und Altpapier aufzubewahren und an solche Lumpenhändler abzuliefern, die im Besitze eines Gewerbescheines sind. Abfälle dieser Art sind gerade heute für die Kunststofffabrikation und für die Papier- und Metallindustrie von größter Bedeutung. (F.Z., 29. 6. 34.)

Wirtschaftschronik des Auslandes

50 Millionen Russen-Aufträge für Deutschland.

Der Chef der russischen Handelsvertretung Waitzer wird dieser Tage von Moskau nach Berlin zurückkehren. Er bringt einen neu

abgeschlossenen Lieferungsvertrag mit, der vom russischen Außenhandelskommissariat genehmigt ist und die Vergabung von Aufträgen in Höhe von 50 Millionen Reichsmark vorsieht. Es handelt sich bei den vorgesehenen Bestellungen in erster Linie um Werkzeugmaschinen. Dieser 50-Millionen-Auftrag ist eine Gegenleistung für die Erhöhung der russischen Ausrüstung nach Deutschland. (D.Z., 27. 6. 34.)

Englands stärkster Kohlenkonkurrent.

In Katowitz ist zwischen den polnischen Exporteuren und den schwedischen Importeuren ein Abkommen abgeschlossen worden, wonach Polen 47 Prozent der schwedischen Kohleneinfuhr liefern wird. Die polnische Kohle erhält hierdurch Gleichstand mit der englischen Kohle auf dem schwedischen Markt. (N.F.P., 28. 6. 34.)

Herrensocken für 25 Pfennige.

Die amerikanischen Strumpf Fabriken führen über ein starkes Anschwellen der Einfuhr billiger japanischer Männersocken lebhaft Klage. Die japanischen Socken finden im Einzelhandel zum Preis von 10 Cents (25 Pfennig) das Paar reißenden Absatz. Die amerikanischen Unternehmerverbände haben auf Grund zahlreicher Beschwerden der ihr angeschlossenen amerikanischen Fabriken bereits eine Untersuchung der japanischen Wettbewerbsmethoden eingeleitet. (N.Z.Z., 27. 6. 34.)

Sozialpolitische Umschau

Der Arbeitsmarkt der Angestellten.

Aus dem Sonderbericht, den die Reichsanstalt über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

bei den Angestellten erstattet, ergibt sich, daß die Zahl der arbeitslosen Angestellten im Reichsgebiet Ende April d. J. um 10,7 v.H. gegenüber Ende Januar d. J. zurückgegangen ist. In den einzelnen Landesarbeitsbezirken war die Entwicklung sehr verschieden; die Besserungsziffer schwankt zwischen 25,5 v.H. in Ostpreußen und 1,4 v.H. in der Nordmark. (Hamburg-Bremer Exportgebiete. D. R.)

(D.Z., 25. 6. 34.)

Der Arzneikosten-Anteil.

Der Arzneikosten-Anteil wird zufolge einer Verordnung des Reichsarbeitsministers von 0,50 auf 0,25 RM herabgesetzt. Die Krankenkassen können den Familienangehörigen der Versicherten die Kosten der Arznei und kleineren Heilmittel bis zu 70 Prozent wiedererstaten. Die Geltungsdauer der Verordnung ist zunächst bis 30. Juni 1935 begrenzt. (J. F., 1. 7. 34.)

Der Urlaub der Metallarbeiter.

Jeder Arbeitnehmer erwirbt nach einer ununterbrochenen Beschäftigungszeit von sechs Monaten im Unternehmen den unabdingbaren Anspruch auf Urlaub. Arbeitnehmer im Alter von 14 bis 16 Jahren (bzw. im 1. und 2. Lehrjahr) erhalten 18 Arbeitstage, solche im 17. Jahre (bzw. 3. Lehrjahr) 12, im 18. Jahre (bzw. 4. Lehrjahr) 10, im Alter von 19 bis 23 Jahren 6, von 24 bis 27 Jahren 7, von 28 bis 30 Jahren 8, im 31. und den folgenden Lebensjahren 10 Arbeitstage Urlaub. Dieser Grundurlaub erhöht sich je nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit bis auf 18 Arbeitstage.

(Verfügung des Treuhänders der Arbeit für die Metallindustrie Berlin-Brandenburg. B.L.A., 28. 6. 34.)

Kulturpolitische Rundschau

Silm

Nationalsozialismus im Film.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels führte gelegentlich einer Aussprache mit führenden Persönlichkeiten der Filmwirtschaft und -kunst aus, er müsse verlangen, daß im deutschen Film die nationalsozialistische Einstellung stärker als bisher zum Ausdruck komme. Es gehe zwar nicht darum, nationalsozialistische Programmfilm zu drehen oder gar politische Ereignisse aus der Bewegung darzustellen, vielmehr komme es darauf an, die Filme mit dem Ideengut der nationalsozialistischen Weltanschauung und mit ihren Problemen zu durchdringen, und er erwarte von der Industrie und den Filmschaffenden die Anerkennung und Darstellung des Prinzips höchster Verantwortung und höchster Autorität. Die deutsche

Filmkunst müsse klar und unbeirrt auf das ihr gesteckte Ziel hinsteuern. (V.B., 30. 6. 34.)

Filmverbote.

Die öffentliche Vorführung der Filme „Tarzan und seine Gefährtin“ und „Der Held der Arena“ ist von der Filmprüfstelle verboten worden. (F.Z. und B.Z.)

Schrifttum

Zusammenstöße im Pen-Klub.

Auf dem 12. Kongreß der internationalen Schriftsteller-Vereinigung PEN, der in Edinburgh tagte, kam es bereits am ersten Tage zu einem schweren Zusammenstoß. Der italienische Schriftsteller Marinetti forderte die Versammlung auf, sich von politischen Fragen fernzuhalten. Der Belgier Pizard erob

„WAPPEN“

Schreibmaschinen-Postkarte mit Selbstklebung

Eine Kleinpackung mit 100 Stück dieser vorzüglichen Einzel-Din-Postkarte D.R.W.Z. mit anhängendem Durchschlagblatt kostet nur RM 3.50 Die gleiche Anzahl mit anhängendem Durchschlagblatt sowie mit eingeschlossenem Einmal-Kohlepapier kostet nur RM 5.— Aufträge bis RM 10.— p. Nachnahme porto- u. verpackungsfrei Ab 1000 Stück mit Firmadruck lieferbar

ED-MENGES

Papier-Großvertrieb Hannover-Jlten

Der Autor

Kurt Hermann Mendel, geb. 1900 in Berlin. Die Jugendjahre entscheidend beeinflusst von der Wandervogel-Bewegung (Steglitzer Wandervogel ab 1910) und vom sog. „Kriegshilfsdienst“ (ab 1915); dann Notabitur (1917) anschl. Soldat – Fronteinsatz – Invalidität (bis 1922). Berufliche Ausbildung als Verlagskaufmann (Herstellung und Werbung), Mitinhaber der Buchdruckerei Berolina (ab 1926).

Kurt Hermann Mendel verstarb am 27. Dezember 1983

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30 – 1986²
Redaktion: Nicolaus Starost
Mitarbeit: Hans-Rainer Sandvoß
Druck: Möller KG, 1000 Berlin 28
ISSN 0175-3592
Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.